

مركز القانون العربي والإسلامي
Centre de droit arabe et musulman
Zentrum für arabisches und islamisches Recht
Centro di diritto arabo e musulmano
Centre of Arab and Islamic Law

Rechtsvergleich zwischen den schweizerischen und den muslimischen Normen

Sami A. Aldeeb Abu-Sahlieh

**Deutsche Übersetzung:
David Zaugg**

**www.amazon.com
2019**

Das Zentrum für arabisches und islamisches Recht

Das Zentrum für arabisches und islamisches Recht wurde im Mai 2009 gegründet. Es bietet Rechtsberatung, Konferenzen, Übersetzungen, Forschungsarbeit und Kurse zu den Themen arabisches und islamisches Recht sowie die Beziehungspflege zwischen den Muslimen und dem Westen an. Darüber hinaus bietet es die Möglichkeit, kostenlos zahlreiche Schriften von der Website www.sami-aldeeb.com herunterzuladen.

Der Autor

Sami A. Aldeeb Abu Sahlieh: Christ palästinensischer Herkunft. Schweizer Bürger. Doktor der Rechte. Habilitation in Rechtswissenschaften (HDR). Professor der Universitäten (CNU-Frankreich). Verantwortlich für arabisches und islamisches Recht am Schweizer Institut für vergleichendes Recht (1980–2009). Als Professor erhielt er zahlreiche Einladungen an verschiedene Universitäten in Frankreich, Italien und der Schweiz. Direktor des Zentrums für arabisches und islamisches Recht. Verfasser zahlreicher Werke, worunter eine Übersetzung des Korans in die französische, italienische und englische Sprache.

Verlag

Centre de droit arabe et musulman
Ochettaz 17
CH-1025 St-Sulpice
Festnetztelefon: 0041 (0)21 6916585
Mobiltelefon: 0041 (0)78 9246196
Website: www.sami-aldeeb.com
E-Mail: sami.aldeeb@yahoo.fr
© Alle Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Einführung	7
Kapitel I Beziehung zum Staat.....	9
1) Menschliches Gesetz versus göttliches Gesetz	9
2) Territorialitätsprinzip versus Personalitätsprinzip der Gesetze und Gerichtsbarkeiten	11
3) Nationalität und religiöse Loyalität	12
4) Gesellschaftliche Trennung im Land des Islams	13
5) Land des Islam und Land des Unglaubens.....	17
Kapitel II Persönlicher Status: Familien- und Erbrecht	21
1) Die Eheschließung	21
2) Religiöse Hindernisse für die Eheschließung.....	22
3) Die Genussehe (Ehe auf Zeit)	23
4) Polygamie	24
5) Das Heiratsalter	25
6) Zustimmung zur Heirat.....	26
7) Vergewaltigung in der Ehe und Nötigung	27
8) Auflösung der Ehe	28
9) Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern.....	29
10) Das Erbrecht	31
Kapitel III Strafrecht und grausame Strafen	33
Kapitel IV Individuelle Freiheit und Sklaverei	35
Kapitel V Religionsfreiheit	37
1) Die Freiheit beizutreten.....	37
2) Körperliche Zeichen der religiösen Zugehörigkeit.....	38
3) Meinungsfreiheit	40
4) Künstlerische Ausdrucksfreiheit	41
5) Gebete und das Fasten während des Ramadans	42
6) Kultusstätten und religiöses Personal	43
Kapitel VI Schule und Religion	45
1) Der Religionsunterricht	45
2) Äußere religiöse Unterscheidungsmerkmale.....	47
3) Gemischte Gesellschaft	48

4) Die Bildungsinhalte.....	49
Kapitel VII Essensvorschriften und rituelle Schlachtungen.....	51
1) Die Tierrechte	51
2) Speiseverbote	53
3) Rituelles Schlachten.....	55
Kapitel VIII Friedhöfe.....	61
1) Die Separierung der Toten	61
2) Die Ausrichtung der Gräber.....	62
3) Der Fortbestand von Gräbern	63
4) Die Kremierung.....	64
Kapitel IX Antworten auf die muslimischen Forderungen	67
1) Antworten von liberalen Denkern im Islam	67
2) Antworten, die vom Westen zu erwarten wären.....	69
Anhang: Muster eines Ehevertrags	75

Die Feindseligkeit den Muslimen gegenüber rührt immer von der Idee her, dass Muslime, sobald sie zahlreich genug sind, nicht mehr dem Landesrecht gehorchen und wir bei zwei nebeneinander lebenden Gemeinschaften mit eigener Justiz und eigenen Gerichten anlangen werden. Und die Situation wird zuerst unentwerrbar und später explosiv, wie in Israel oder im Libanon.

Jacques Neiryneck, Professor h.c. und alt Nationalrat

Der laizistische Muslim, der das Prinzip der Anwendung des islamischen Rechts ablehnt, hat vom Islam nur den Namen. Er ist klar ein Abtrünniger. Er muss aufgefordert werden, Buße zu tun, während man ihm Beweise für die Punkte vorlegt, an denen er zweifelt. Bereut er nicht, wird er als Abtrünniger verurteilt und seiner Zugehörigkeit zum Islam enthoben [...], er wird von seiner Frau und seinen Kindern getrennt und nach den Normen für widerspenstige Apostaten gerichtet – sowohl im Diesseits wie auch nach dem Tod.

Yusuf Al-Qaradawi, Vorsitzender des Europäischen Rats für Fatwa und Forschung (ECFR)

Einführung

Dieses Exposé vergleicht die schweizerischen Normen mit denen des Islams und steht Behörden, religiösen und akademischen Kreisen, der Presse und der Öffentlichkeit im PDF-Format kostenlos zur Verfügung. In Papierform kann es auch bei *Amazon* bestellt werden.

Der Islam deckt sämtliche Bereiche des Lebens ab:

- 1) Die Beziehungen zwischen Mensch und Gott in kultureller Hinsicht und in Glaubensfragen
- 2) Die Beziehungen zum Staat
- 3) Die Beziehungen der Menschen zueinander
- 4) Die Beziehungen der Staaten untereinander

Punkt eins betrifft den persönlichen Glauben. Uns interessieren hier aber die anderen Punkte normativer Natur, welche sich mit den durch das schweizerische Recht geregelten Bereichen ins Gehege kommen.

Die hier vorgestellten muslimischen Normen sind zwingend und von den islamischen Gründungstexten diktiert. Einige werden angewandt, andere scheinen verschwunden zu sein, warten aber bloß auf den günstigen Moment, wie er unter dem IS gegeben war, welcher die Entführung von Frauen, den Sklavenmarkt, die *Dschizya*, die Zerstörung der Statuen und andere Praktiken neu belebte, von denen man hoffte, sie wären für immer abgeschafft. Der Koran selber (H-89/3:28-29) schreibt Vertuschung vor, welche darin besteht, etwas zu sagen und zu tun, ohne sich innerlich daran zu halten, bis sich die Situation wieder zugunsten der Muslime verändert.

Dieses Exposé will prägnant, einfach und für jedermann zugänglich sein. Weitergehende Informationen findet die interessierte Leserschaft in meinen Büchern (<https://goo.gl/phXkBB>), speziell in *Les musulmans en Occident entre droits et devoirs* (<https://goo.gl/Re52Qu>) und *Avenir des musulmans en Occident* (<https://goo.gl/C8bCr4>). Gerne stehe ich ihr auch für Klärungen und zusätzliche Informationen zur Verfügung.

Ich hoffe, diese Arbeit könne auf Grundlage der gegenseitigen Kenntnis und der Offenheit ein besseres Verständnis zwischen den verschiedenen Gemeinschaften fördern und danke allen, die sie gelesen und korrigiert haben. Für die darin geäußerten Meinungen zeichne ich allein verantwortlich.

Sami A. Aldeeb Abu-Sahlieh
sami.aldeeb@yahoo.fr

Kapitel I

Beziehung zum Staat

1) Menschliches Gesetz versus göttliches Gesetz

Schweizerische Normen

Das Gesetz hat seinen Ursprung beim Volk und ist Ausdruck von dessen Souveränität. Entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft und den etablierten demokratischen Prozessen unterliegt das Gesetz periodischen Änderungen und Verschiebungen, wie sie direkt oder indirekt von den Menschen gutgeheißen werden.

Muslimische Normen

Islam bedeutet Unterwerfung und zwar unter den Willen Gottes, so wie er im Koran und in der Sunna von Muhammad, den beiden Hauptquellen des islamischen Gesetzes, zum Ausdruck kommt. Der Koran¹ sagt:

Wenn (dagegen) die Gläubigen zu Allah und seinem Gesandten gerufen werden, damit dieser (strittige Fragen) zwischen ihnen entscheide, sagen sie nichts anderes als: "Wir hören und gehorchen". Ihnen wird es wohl ergehen (H-102/24:51).

Diejenigen, die nicht nach dem entscheiden, was Allah (in der Schrift) herabgesandt hat, sind die (wahren) Ungläubigen (H-112/5:44). Diejenigen, die nicht nach dem entscheiden, was Allah (in der Schrift) herabgesandt hat, sind die (wahren) Frevler (H-112/5:45). Diejenigen, die nicht nach dem entscheiden, was Allah (als Offenbarungsschrift) herabgesandt hat, sind die (wahren) Frevler (H-112/5:47).

Der ägyptische Professor Abd al-Wahhab Khallaf (gest. 1956) schrieb:

Die islamischen Gelehrten vertreten einhellig den Standpunkt, dass Gott der oberste Gesetzgeber ist. Er ist der Ursprung der Vorschriften, ob sie nun ausdrücklich aus den Texten, wie sie seinen Propheten und insbesondere Muhammad offenbart wurden, formuliert sind oder ob die Religionsgelehrten sie von ihnen ableiten oder per Analogie auf sie rückschließen.

¹ Für diese Arbeit haben wir die Übersetzung von Rudi Paret (<http://www.ewige-religion.info/koran/>) beigezogen und wenden zwei Arten von Nummerierungen an: Die erste Zahlengabe bezieht sich auf die chronologische und die zweite auf die konventionelle Reihenfolge der Koransuren. Diesen beiden Zahlen folgt die Versnummer. Das H (für Hidschra/Hegira) bezeichnet die medinensischen und das M die mekkanischen Verse.

Die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Islam" sagt:

Der menschliche Verstand ist unfähig, ohne die Führung und Offenbarung Gottes den bestgeeigneten Weg des Lebens zu beschreiten.

Die oben erwähnte muslimische Auffassung hat zur Folge, dass das Konzept der Volkssouveränität, der Schlüsselbegriff jeder Demokratie, bei den Muslimen gänzlich fehlt. Zur Mehrheit äußert sich der Koran wie folgt:

Und wenn du der Mehrzahl derer folgst, die auf der Erde sind, führen sie dich vom Wege Allahs ab in die Irre. Sie gehen nur Vermutungen nach und raten nur (statt Sicheres zu wissen) (M-55/6:116).

Das islamische Recht ist vollumfänglich anzuwenden. Der Koran sagt diesbezüglich:

Glaubt ihr denn (nur) an einen Teil der Schrift, und an den andern nicht? Diejenigen unter euch, die so handeln, verdienen nichts als Schande im diesseitigen Leben. Und am Tag der Auferstehung werden sie der schwersten Strafe zugewiesen werden. Allah gibt sehr wohl acht auf das, was ihr tut (H-87/2:85).

Hier sei noch angemerkt, dass der Koran gemäß der muslimischen Tradition zwischen den Jahren 610-622 (mekkanische Zeit) und den Jahren 622-632 (medinensische Zeit) offenbart wurde. Während der mekkanische Teil nicht normativ und mehr oder weniger friedlich und tolerant ist, enthält der medinensische Teil normative Verse, in denen der *Dschihad*, die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, zwischen Gläubigen und Ungläubigen sowie die Strafsanktionen institutionalisiert werden. Gemäß islamischem Recht setzen die später folgenden Verse die früheren Verse außer Kraft. Ein sudanesischer Reformator schlug als Lösung für die Probleme des medinensischen Teils die entgegengesetzte Richtung vor und wurde 1985 auf Veranlassung von Al-Azhar, der Muslimbruderschaft und Saudi-Arabien erhängt (siehe unser Buch *Muhammad Mahmud Taha entre le Coran mecquois et le Coran médinois* <https://goo.gl/unhdhc>).

Islamische Normen können aus politischen Gründen vorübergehend ausgeschaltet, nicht jedoch aufgehoben werden. In einer Situation der Schwäche verweisen Muslime auf mekkanische Verse, um den Gegnern die friedliche und akzeptable Natur des Islam zu belegen. Befinden sie sich aber in einem Zustand der Stärke, ziehen sie die medinensischen Verse hervor (siehe unser Buch *Alliance, désaveu et dissimulation* (<https://goo.gl/RzzS62>)). Dazu sagt der Koran:

Die Gläubigen sollen sich nicht die Ungläubigen anstatt der Gläubigen zu Freunden nehmen. Wer das tut, hat keine Gemeinschaft (mehr) mit Allah. Anders ist es, wenn ihr euch vor ihnen wirklich fürchtet. (In diesem Fall

seid ihr entschuldigt.) Allah warnt euch vor sich selber. Bei ihm wird es (schließlich alles) enden (H-89/3:28).

Laßt nun (in eurem Kampfwillen) nicht nach und ruft (die Gegner) nicht (vorzeitig) zum Frieden, wo ihr doch (letzten Endes) die Oberhand haben werdet! Allah ist mit euch und wird euch nicht um (den Lohn) eure(r) Werke bringen (H-95/47:35).

2) Territorialitätsprinzip versus Personalitätsprinzip der Gesetze und Gerichtsbarkeiten

Schweizerische Normen

Das schweizerische nationale und kantonale Rechtsprechungs- und Rechtssystem beruht auf dem Prinzip der Territorialität und der Nationalität. Die Religion der Personen wird nicht berücksichtigt, da dies bereits durch die Bundesverfassung von 1874 abgeschafft wurde, insbesondere durch Art. 49 Abs. 4, der sagt: "Die Ausübung bürgerlicher oder politischer Rechte darf durch keinerlei Vorschriften oder Bedingungen kirchlicher oder religiöser Natur beschränkt werden" und Art. 58 Abs. 2, der sagt: "Die geistliche Gerichtsbarkeit ist abgeschafft".

Diese Normen sind so selbstverständlich geworden, dass die Bundesverfassung von 1999 es nicht für nötig erachtet, sie noch zu erwähnen. Auf Grundlage dieser Normen ist jede Person unabhängig von ihrer Religion demselben Gesetz und derselben Gerichtsbarkeit unterstellt. Die Auswirkungen dieser Prinzipien werden wir aus den nun folgenden Erläuterungen ersehen.

Muslimische Normen

Der Koran errichtet das so genannte System der Personalität von Gesetzen und Rechtsordnungen auf Basis der Religion anhand der Verse H-112/5:44-48:

Wir haben (seinerzeit den Kindern Israel) die Thora herabgesandt, die (in sich) Rechtleitung und Licht enthält, damit die Propheten, die sich (Allah) ergeben haben, für diejenigen, die dem Judentum angehören, danach entscheiden, und (damit) die Rabbiner und Gelehrten nach der Schrift Allahs entscheiden, soweit sie ihrer Obhut anvertraut worden ist [...]. Diejenigen, die nicht nach dem entscheiden, was Allah (in der Schrift) herabgesandt hat, sind die (wahren) Ungläubigen. Und wir ließen hinter ihnen her Jesus, den Sohn der Maria, folgen, dass er bestätige, was von der Thora vor ihm da war. Und wir gaben ihm das Evangelium, das (in sich) Rechtleitung und Licht enthält, damit es bestätige, was von der Thora vor ihm da war, und als Rechtleitung und Ermahnung für die Gottesfürchtigen. Die Leute des Evangeliums sollen (nun) nach dem

entscheiden, was Allah darin herabgesandt hat. Diejenigen, die nicht nach dem entscheiden, was Allah (als Offenbarungsschrift) herabgesandt hat, sind die (wahren) Frevler.

Gemäß diesem System haben Juden und Christen ihre Gerichte und ihre Gesetze. Letztere waren zwangsläufig unterschiedlich und die Konflikte zwischen den Gerichten und den Stammesgesetzen wurden zugunsten des muslimischen Gesetzes beigelegt. So kann der Muslim eine Christin oder eine Jüdin heiraten, dem Christen und dem Juden ist es aber untersagt, eine muslimische Frau zu ehelichen. Kinder aus einer gemischten Ehe zwischen einem Muslim und einer Christin oder einer Jüdin müssen Muslime sein. Im Erbrecht verbietet das muslimische Gesetz das Beerben von Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften. So kann die Christin oder Jüdin von ihrem verstorbenen muslimischen Ehemann oder ihren Kinder nicht erben und dasselbe gilt umgekehrt.

Dieses multikonfessionelle Rechtssystem besteht mehr oder weniger verbreitet in einigen arabischen Ländern bis heute, und der Trend geht in Richtung Vereinheitlichung. So wenden die nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften von Jordanien oder Syrien ihre religiösen Gesetze im Personalitäts-Status an und verfügen über eigene religiöse Gerichte, während Ägypten die religiösen Tribunale abgeschafft und trotzdem die Gesetze der verschiedenen Gemeinschaften beibehalten hat.

3) Nationalität und religiöse Loyalität

Schweizerische Normen

In der Bundesverfassung von 1999 heißt es im Artikel 1: Das Schweizervolk und die Kantone (...) bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft. Art. 2 Abs. 1 fügt bei: Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Art. 4 legt fest: Die Landessprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Art. 72 bestimmt: Für die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat sind die Kantone zuständig (Abs. 1), und Bund und Kantone können im Rahmen ihrer Zuständigkeit Maßnahmen treffen zur Wahrung des öffentlichen Friedens zwischen den Angehörigen der verschiedenen Religionsgemeinschaften (Abs. 2).

Trotz der unterschiedlichen sprachlichen und religiösen Zugehörigkeiten der Bevölkerung und der Schweizer Kantone sollen alle Bürgerinnen und Bürger nur eine einzige Bindung, die zu ihrem gemeinsamen Land haben. Man muss wissen, dass die Schweiz 1873 die Beziehungen zum Vatikan wegen des Unfehlbarkeitsdogmas des Papstes abgebrochen und ein Jahr später die Bundesverfassung von 1874 verabschiedet hatte, die die nationale Einheit festigte und ihre Unabhängigkeit durch Gesetze, die darauf abzielten, den

Staat von der Religion zu trennen und individuelle Freiheiten zu gewährleisten. Diese Verfassung enthielt speziell darauf abzielende Artikel, jegliche Unterordnung der katholischen Gemeinschaft unter eine externe Religionsbehörde zu unterbinden und garantierte, unabhängig von ihrer sprachlichen oder religiösen Zugehörigkeit, die Gleichheit aller Bürger (Art. 4), auch wenn kulturelle oder religiöse Affinitäten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen fortbestehen können. Dieser Gleichheits-Satz wird durch Artikel 8 der Bundesverfassung von 1999 bestätigt: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Diese Gleichheit erstreckt sich auf alle Menschen.

Muslimische Normen

Im Islam steht die Religionszugehörigkeit über derjenigen des Stammes oder der Nation. Obwohl wir es mit Nationalstaaten zu tun haben, schafft das islamische Recht eine Trennung im Innern des Territoriums des Islam sowie eine weitere Abgrenzung zum "Land des Unglaubens", das auch "Land des Krieges" genannt wird.

4) Gesellschaftliche Trennung im Land des Islams

Bürger muslimischer Länder sind in verschiedene Gruppen unterteilt, die nicht die gleichen Rechte haben, selbst wenn ihre Verfassung das Gegenteil vorgibt. Praktisch alle diese Verfassungen betrachten den Islam als Staatsreligion. Schauen wir uns diese Gruppen an:

A) Die Muslime

Der Koran sagt: "Die Gläubigen sind doch Brüder" (H-106/49:10). Jede Person, die zum Islam konvertiert, gehört zur muslimischen Nation (*Umma*), die der Koran als "die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist", bezeichnet (H-89/3:110). Die Muslime sind überzeugt, dass eines Tages alle Menschen Muslime werden.

Den Muslimen gegenüber gibt es die Ungläubigen, die je nach Grad ihres Unglaubens in "Leute des Buches", Abtrünnige und Polytheisten eingestuft werden.

B) Die Leute des Buches

Der rechtliche Status von Nicht-Muslimen ist hauptsächlich durch drei Verse geregelt:

Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und den jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und nicht der wahren Religion angehören - von denen, die die Schrift erhalten

haben - (kämpft gegen sie), bis sie kleinlaut aus der Hand Tribut entrichten! (H-113/9:29).

Diejenigen, die glauben, und diejenigen, die dem Judentum angehören, und die Christen und die Saabier, - (alle) die, die an Allah und den jüngsten Tag glauben und tun, was recht ist, denen steht bei ihrem Herrn ihr Lohn zu, und sie brauchen (wegen des Gerichts) keine Angst zu haben, und sie werden (nach der Abrechnung am jüngsten Tag) nicht traurig sein (H-87/2:62).

Diejenigen, die glauben, und diejenigen, die dem Judentum angehören, und die Saabier und die Christen, - (alle) die, die an Allah und den jüngsten Tag glauben und tun, was recht ist, brauchen (wegen des Gerichts) keine Angst zu haben, und sie werden (nach der Abrechnung am jüngsten Tag) nicht traurig sein (H-112/5:69).

Aus diesen Versen leiten die klassischen Juristen ab, dass die Leute des Buches, also Juden, Christen, Sabäer und Zoroastrier (Magier), denen man noch die Samaritaner beifügte, das Recht haben, trotz den theologischen Unterschieden, die sie von den Muslimen trennen, im muslimischen Staat zu leben. Zwar gibt man die Hoffnung nicht auf, dass sie eines Tages Muslime werden, aber der Koran lehnt den direkten Zwang zur Bekehrung ab: "In der Religion gibt es keinen Zwang" (H-87/2:256). Das Zusammenleben zwischen Muslimen und den Leuten des Buches ist jedoch nicht ausgeglichen, sondern läuft von dominant zu dominiert, weil die Leute des Buches einen Tribut (*Dschizya*) "bis sie kleinlaut aus der Hand Tribut entrichten" (H-113/9:29) bezahlen und sich bestimmten diskriminierenden Normen unterwerfen müssen, insbesondere im Bereich des Familienrechts. So können Muslime zum Beispiel Frauen des "Volk des Buches" ehelichen, umgekehrt geht aber nicht, dass Angehörige der Leute des Buches Musliminnen heiraten (H-87/2:221; H-112/5:5; H-91/60:10). Man nennt sie *Dhimmis*, Beschützte der Muslime, diese letzteren aber müssen ein ständiges Misstrauen ihnen gegenüber pflegen, selbst wenn sie in verwandtschaftlicher Verbindung zu ihnen stehen:

Ihr Gläubigen! Nehmt euch nicht die Juden und die Christen zu Freunden! Sie sind untereinander Freunde (aber nicht mit euch). Wenn einer von euch sich ihnen anschließt, gehört er zu ihnen (und nicht mehr zu der Gemeinschaft der Gläubigen). Allah leitet das Volk der Frevler nicht recht (H-112/5:51; siehe auch H-89/3:28 et H-113/9:8).

Ihr Gläubigen! Nehmt euch nicht eure Väter und eure Brüder zu Freunden, wenn diese den Unglauben dem Glauben vorziehen! Diejenigen von euch, die sich ihnen anschließen, sind die (wahren) Frevler (H-113/9:23).

Dies soll jedoch, außer in Fällen von Feindseligkeit, keine auf Gerechtigkeit basierenden Beziehungen ausschließen:

Allah verbietet euch nicht, gegen diejenigen pietätvoll und gerecht zu sein, die nicht der Religion wegen gegen euch gekämpft, und die euch nicht aus euren Wohnungen vertrieben haben. Allah liebt die, die gerecht handeln. Er verbietet euch nur, euch denen anzuschließen, die der Religion wegen gegen euch gekämpft, und die euch aus euren Wohnungen vertrieben oder bei eurer Vertreibung mitgeholfen haben. Diejenigen, die sich ihnen anschließen, sind die (wahren) Frevler (H-91/60:8-9).

Um die Widersprüche zwischen den toleranten und den weniger toleranten Versen aufzulösen, ziehen die klassischen Juristen die Theorie der Abrogation bei: Ein Vers über eine Angelegenheit wird aufgehoben durch einen späteren Vers zu derselben Angelegenheit. Und da sich die klassischen Juristen weder auf die Reichweite noch auf die zeitliche Einordnung der Verse einigen konnten, zögern einige nicht, sämtliche toleranten Verse des Korans in Bezug auf die Nicht-Muslime ganz einfach als aufgehoben zu betrachten und ersetzt durch den so genannten Vers des Schwertes:

Und wenn nun die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Heiden, wo (immer) ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen überall auf! Wenn sie sich aber bekehren, das Gebet (salaat) verrichten und die Almosensteuer (zakaat) geben, dann laßt sie ihres Weges ziehen! Allah ist barmherzig und bereit zu vergeben (H-113/9:5).

Hier ist noch darauf hinzuweisen, dass dieser *Dhimmi*-Status nur dann gewährt wird, wenn sich die Nicht-Muslime einverstanden erklären, sich der muslimischen Autorität und den Einschränkungen, die das muslimische Gesetz vorsieht, zu unterwerfen. Falls nicht, werden sie durch das Schwert hingerichtet und ihre Kinder und Frauen versklavt und unter die Kämpfer verteilt (siehe unsere Studie: *Der Tribut (Dschizya) im Islam* <https://goo.gl/skHjso> sowie *Nulle contrainte dans la religion* <https://goo.gl/zKq2Wk>). Die *Dschizya* wurde im 19. Jahrhundert abgeschafft, aber die islamistischen Bewegungen wollen sie wiederherstellen, was der IS in seinen Herrschaftsgebieten bereits umgesetzt hat.

C) Die Apostaten

Der Koran sagt: "In der Religion gibt es keinen Zwang" (H-87/2:256). Man ist frei, Muslim zu werden und wird dazu ermutigt. Hingegen hat der islamische Mensch, ob er in eine muslimische Familie geboren oder zum Islam konvertiert ist, kein Recht, seine Religion zu verlassen. Es handelt sich daher eine einseitige Religionsfreiheit. Der Koran selber sieht keine spezifisch bezeichnete Strafe für den Apostaten oder Abtrünnigen vor, obwohl er mehrmals davon spricht und dabei den Begriff *Kufr* (Unglaube) oder *Ridda* (Abschwörung) verwendet. Abgesehen von Vers H-113/9:74, der von schmerzhafter Strafe auch im Diesseits spricht, ohne jedoch anzugeben,

woraus diese denn besteht, sind nur Strafen im jenseitigen Leben vorgesehen. Die Überlieferung von Muhammad ist da expliziter:

Wer seine Religion wechselt, tötet ihn! (zitiert nach Bukhari).

Es ist nicht erlaubt, nach dem Leben eines Muslim zu trachten, außer in den folgenden drei Fällen: Bei Rückfall in den Unglauben, bei Ehebruch nach Heirat und bei Totschlag ohne Grund (zitiert nach Bukhari).

Mawerdi (gest. 1058) definiert die Apostaten wie folgt:

Diejenigen, die entweder von Geburt auf oder durch Bekehrung legal Muslime waren und es jetzt nicht mehr sind. Beide Kategorien sind vom Gesichtspunkt der Abtrünnigkeit einander gleich gestellt.

Auf Grundlage der koranischen Verse und der Berichte von Muhammad ist für die klassischen Juristen das Töten des Abtrünnigen nach einer dreitägigen Bedenkzeit angebracht. Ist es eine Frau, sehen einige Juristen vor, sie bis zu ihrem Tod oder ihrer Rückkehr zum Islam ins Gefängnis zu stecken. Hinzu kommen zivilrechtliche Maßnahmen: Die Ehe eines Abtrünnigen wird aufgelöst, seine Kinder werden ihm weggenommen, seine Erbfolge wird eröffnet und er wird seines Erbrechts enthoben. Kollektiver Abfall führt zu Kriegen. Das für die Abtrünnigen vorgesehene Schicksal ist dann schlimmer als das für den Feind reservierte, denn mit den Abtrünnigen ist kein Waffenstillstand mehr erlaubt.

D) Die Polytheisten

Das sind diejenigen, die nicht zu den "Leuten des Buches" gehören. Auf Basis des oben zitierten Schwertverses (H-113/9:5) wurden sie aufgefordert, entweder zu konvertieren oder bis zum Tod den Krieg zu erleiden. Gestützt auf diesen Vers wurden um die 80 Millionen Hindus von den Muslimen exterminiert.

E) Arabiens Sonderstatus

Die Toleranz gegenüber den Leuten des Buches gilt nicht für diejenigen, die in Arabien leben. Muhammad soll Umar (gest. 644), den zukünftigen 2. Kalifen, an sein Sterbebett gerufen und zu ihm gesagt haben: "Auf der Arabischen Halbinsel dürfen nicht zwei Religionen zusammenleben". Als Anhänger einer anderen Religion in den von den Muslimen dominierten Regionen den Tribut zu bezahlen reichte nicht mehr aus. Sich auf Muhammad berufend, schreibt der muslimische Rechtsgelehrte Mawerdi: "Die Tributpflichtigen durften sich nicht im Hedschas niederlassen, nirgendwo konnten sie für mehr als drei Tage einreisen". Selbst ihre Leichen dürften dort nicht begraben sein, "wenn dies passiert ist, werden sie exhumiert und an einen anderen Ort gebracht, da das Begräbnis einem Daueraufenthalt gleichkommt".

Klassische muslimische Juristen haben sich nicht auf die geographischen Grenzen geeinigt, innerhalb welchen diese Norm gelten sollte. Heute beruft sich allein Saudi-Arabien darauf, um sämtlichen Nicht-Muslimen auf ihrem Territorium das Recht aufs Praktizieren ihrer Kulte zu verwehren.

5) Land des Islam und Land des Unglaubens

A) Klassische religiöse Grenze

Die klassischen muslimischen Juristen betrachten alle Gebiete, die unter muslimischer Herrschaft stehen, als Land des Islam (*Dar al-Islam*) und zwar unabhängig davon, ob die Bewohner Muslime sind oder nicht. Jenseits der Grenze befindet sich das Land des Krieges (*Dar al-Harb*), oft auch als Land des Unglaubens (*Dar al-Kufr*) bezeichnet, das eines Tages unter die Herrschaft der Muslime geraten muss und seine Bewohner werden mehr oder weniger langfristig zum Islam konvertieren müssen.

Vor Muhammads Auszug aus Mekka wies der Koran die Muslime an, keinen Krieg zu führen, selbst dann nicht, wenn sie angegriffen würden (H-70/16:127; H-96/13:22-23). Nach dem Auszug von Mekka und der Errichtung des muslimischen Staates in Medina war es den Muslimen erlaubt, gegen diejenigen zu kämpfen, welche sie bekämpften (H-87/2:190-193 und 216; H-88/8:61; 103/22:39-40), und schließlich durften sie den Krieg beginnen (H-113/9:3-5). Der Zweck dieses Krieges besteht darin, das Land des Islam auszudehnen und die Menschen zum Islam zu bekehren. Muhammad sagt:

Ich erhielt den Befehl, gegen die Menschen zu kämpfen, bis sie bekennen, dass es keine Gottheit außer Gott gibt (zitiert von Bukhari).

Zu den Pflichten eines Staatsoberhauptes zählt Mawerdi:

Diejenigen zu bekämpfen, die sich trotz Aufforderung dazu weigern, den Islam anzunehmen, bis sie entweder Konvertiten oder Tributzahler werden, um so die Rechte Gottes durchzusetzen, indem diesen die Überlegenheit über jede andere Religion gegeben wird.

Er hält dabei auch fest, wenn Gegner zum Islam konvertieren, "erwerben sie die gleichen Rechte wie wir, unterliegen denselben Pflichten und bleiben weiterhin Herren ihrer Länder sowie ihrer Güter." Wenn sie um Nachsicht bitten und um einen Waffenstillstand ersuchen, ist dieser Waffenstillstand nur dann anzunehmen, wenn es sich als zu schwierig erweist, sie zu besiegen und unter der Bedingung, dass sie bezahlen. Der Waffenstillstand muss so kurz wie möglich sein und darf nicht länger als zehn Jahre dauern; für alles, was diese Zeitspanne überschreitet, verliert er seine Gültigkeit (siehe dazu unser Werk *Der Dschihad im Islam* <https://goo.gl/g6LAqC>).

B) Klassische religiöse Grenze und Migration

Um der Verfolgung zu entgehen, verließ Muhammad 622 in Begleitung einiger seiner Anhänger seine Heimatstadt Mekka und ging nach Yathrib, der Stadt seiner Mutter, die später zu Medina wurde. Es ist der Beginn der sogenannten *Hidschra*-Zeit, der muslimischen Zeitrechnung, die Zeit der Migration. Diejenigen, die Mekka verließen und sich nach Medina begaben, nannte man *Muhadschirun* (Einwanderer); diejenigen, die sie aufnahmen, wurden *Ansar* (Unterstützer) genannt.

Einige Muslime blieben jedoch in Mekka und lebten dort ihren Glauben heimlich weiter. Einige wurden zum Kampf gegen Muhammads Truppen gezwungen und verloren dabei ihr Leben. Dazu wurde die folgende Koran-Passage offenbart:

Zu denen, die (zu Lebzeiten durch ihre Weigerung, sich offen zum Islam zu bekennen) gegen sich selber gefrevelt haben, sagen die Engel, wenn sie sie abberufen: "In was für Umständen waret ihr (denn zu euren Lebzeiten, dass ihr nicht gläubig geworden seid)?" Sie sagen: "Wir waren (überall) im Land unterdrückt (und konnten es deshalb nicht wagen, uns zum Glauben zu bekennen)." Sie sagen: "War (denn) die Erde Allahs nicht weit j(genug) so dass ihr darauf hättet auswandern (und in der neuen Umgebung als Gläubige leben) können?" Diese (Schwächlinge) wird die Hölle aufnehmen - ein schlimmes Ende! - Ausgenommen die unterdrückten Männer, Frauen und Kinder, die über keine Möglichkeit verfügen (sich aus Mekka wegzustehlen) und (aus Hilflosigkeit) auf dem Weg (den sie eingeschlagen haben) nicht rechtgeleitet sind (H-92/4:97-98).

Diese Passage fordert jeden in einem "Land des Unglaubens" lebenden Muslim auf, sein Land zu verlassen, um sich der muslimischen Gemeinschaft anzuschließen, sofern er kann. Andere Verse gehen in dieselbe Richtung (H-92/4:100; H-113/9:20). Der Sinn und Zweck dieser Migration besteht darin, sich vor Verfolgung zu schützen, die ungläubige Gemeinschaft zu schwächen und an den Kriegsanstrengungen der neuen Gemeinschaft teilzunehmen. Deshalb spricht der Koran von denen, die emigriert sind und denen, die den *Dschihad* gemacht haben, im gleichen Atemzug (H-87/2:218; H-88/8:72, 74, 75; M-70/16:110).

Abgestützt auf diese Migrationslehre haben Muslime die Länder verlassen, die von Christen zurückerobert wurden. 1091 wurde die christliche Rückeroberung Siziliens nach mehr als 270-jähriger muslimischer Besetzung vollzogen. Eine große Anzahl von Muslimen verließ die Insel und suchte auf der anderen Seite des Mittelmeers Zuflucht. Und mit der Kapitulation von Toledo im Jahr 1085 verließ die große Mehrheit der Muslime diese Stadt.

In der aktuellen arabischen Rechtsliteratur werden neutrale Begriffe ohne religiöse Konnotation verwendet, islamische Werke beschreiben dagegen oft die nicht-muslimischen Länder als "Land des Unglaubens" (*Dar al-Kufr*) und ihre Bewohner als "Ungläubige" (*Kuffar*) und verlangen die Rückkehr in den *Dschihad*. Extremistische muslimische Gruppen sehen gar ihre eigenen muslimischen Länder als Land des Unglaubens, weil diese das islamische Recht nicht in vollem Umfang anwenden.

Es wird auch darüber debattiert, ob ein Muslim die Staatsangehörigkeit eines nicht-muslimischen Landes erlangen darf. Einige zögern nicht, einen solchen Muslim als Abtrünnigen zu betrachten, weil er sich westlichen statt muslimischen Gesetzen unterstellt. Sie verlangen von muslimischen Bürgern nicht-islamischer Länder, ihre Nationalität aufzugeben und in muslimische Länder leben zu gehen. Andere finden, dass diese Muslime den *Dschihad* innerhalb der ungläubigen Länder führen sollten. Zu diesem Zweck dringen Terroristen unter den Migrant*innen ein.

Wenn man sieht, wie auf dem Balkan die christlichen und muslimischen Gemeinschaften, welche seit Jahrhunderten koexistiert haben, sich gegenseitig töten und entzweien, gibt das nicht gerade Anlass für Optimismus. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich dieses Szenario in anderen westlichen Ländern wiederholt, wenn die Anzahl der Muslime eine kritische Schwelle erreicht, die es ihnen möglich macht, sich durchzusetzen.

Kapitel II

Persönlicher Status: Familien- und Erbrecht

Der persönliche Status, welcher insbesondere das Familien- und Erbrecht umfasst, ist das vom muslimischen Recht am stärksten geprägte und das mit dem schweizerischen Gesetz am meisten in Konflikt stehende Rechtsgebiet. Um einen solchen Konflikt so weit als möglich zu verhindern, stellen wir am Ende dieses Buches ein Muster eines Ehevertrags für gemischte Paare vor, von denen einer der beiden Ehegatten Muslim ist. Dieses Modell kann aber auch für Paare nützlich sein, bei denen beide Ehepartner islamisch sind.

Schweizerische Normen

Der persönliche Status ist von den Händen der religiösen in die der zivilen Behörden übergegangen, und bereits in der Bundesverfassung von 1874, mit der die kirchliche Gerichtsbarkeit abgeschafft wurde (Art. 58 Abs. 2), wurde das Recht auf Ehe "unter den Schutz des Bundes" (Art. 54) gestellt und stipuliert: "Die Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes ist Sache der bürgerlichen Behörden" (Art. 53 Abs. 1). Sie wird insbesondere durch das Zivilgesetzbuch reglementiert und zwar für alle Bürger ungeachtet ihrer Religion. Die Bestimmungen der Bundesverfassung von 1874 wurden nicht in die BV von 1999 aufgenommen, welche sich auf kurze Bestimmungen und allgemeine Grundsätze beschränkt. Wir kommen noch darauf zurück.

Muslimische Normen

Der persönliche Status unterliegt, wie oben angegeben, dem System der Personenbezogenheit der Gesetze und Gerichtsbarkeiten. Aus diesem Grund ist er Gegenstand gesonderter Gemeinschaftsgesetze, die nicht in den Zivilgesetzbüchern dieser Länder enthalten sind. In den folgenden Punkten wenden wir uns den wichtigsten Fragen zu:

1) Die Eheschließung

Schweizerische Normen

Die Eheschließung ist eine säkulare Einrichtung, die nach einer offiziellen Form verlangt, welche, unabhängig von der Religion oder der Nationalität der Ehegatten, der ausschließlichen Kompetenz der Standesbeamten untersteht. Ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretern in der Schweiz ist es untersagt, eine Eheschließung vorzunehmen. Ebenso gilt: "Eine religiöse Eheschließung darf vor der Ziviltrauung nicht durchgeführt werden"

(Art. 97 Abs. 3 ZGB). Die religiöse Eheschließung ist eine optionale Formalität ohne rechtliche Konsequenzen. Die Ehe ist daher ein Vertrag mit besonderen Formvorschriften, der, im Gegensatz zu den einfachen einvernehmlichen Verträgen, nicht allein durch die bloße Einwilligung der Ehegatten geschlossen werden kann.

Muslimische Normen

Der Koran sagt nichts über die Form, welche die Eheschließung einhalten muss. Die Sunna von Muhammad schreibt aber eine Publizierung vor, damit die Leute die Verheirateten erkennen können. In arabischen und muslimischen Ländern zelebriert normalerweise, ob für Muslime oder Nicht-Muslime, eine religiöse oder aber eine zivile Behörde mit religiöser Konnotation die Ehe. Es kommt vor, dass Ehepartner in der Schweiz nur vor einem Imam heiraten, ohne zuvor eine standesamtliche Ehe eingegangen zu sein. Das schweizerische Gesetz anerkennt aber eine solche Ehe nicht, was unangenehme Folgen haben kann, insbesondere für die von ihrem Ehepartner verlassene Frau. Zudem setzt sich der Imam strafrechtlichen Sanktionen aus, bei denen er unter Umständen seine Aufenthaltserlaubnis verlieren kann.

Trotz Erfordernis einer offiziellen Form in den arabischen und muslimischen Staaten, können diese so genannten '*urfi*-Ehen (Ehen nach Brauch), die vor zwei Zeugen und manchmal einem Anwalt oder Notar und ohne den vorgeschriebenen vom Staat beauftragten Beamten stattfinden, nicht vollständig verboten werden, weil die muslimische Norm die Anwesenheit eines Staatsbeamten nicht vorschreibt. Oft geraten weibliche Touristen in die Fänge einer solchen Ehe, um Sex und Zusammenleben zu haben, ohne unter das Gesetz zu fallen. Die Anerkennung der Ehe nach Brauch ('*urfi*) ist fragwürdig, und wenn die betroffene Frau ihren Partner wechselt, kann sie wegen Polyandrie strafrechtlich verfolgt werden.

2) Religiöse Hindernisse für die Eheschließung

Schweizerische Normen

Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung von 1874 legte fest: "Das Recht zur Ehe (...) darf weder aus kirchlichen oder ökonomischen Rücksichten noch wegen bisherigen Verhaltens oder aus andern polizeilichen Gründen beschränkt werden". Artikel 14 der Bundesverfassung von 1999 begnügt sich zu sagen: "Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet".

Artikel 16 Ziffer 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt:

Heiratsfähige Frauen und Männer haben ohne Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

Muslimische Normen

Mit der Religionsfreiheit bleibt diese Frage immer noch der größte Stein des Anstoßes des islamischen Rechts. Artikel 16 Ziffer 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte war Gegenstand von Vorbehalten seitens arabischer und islamischer Länder. Tunesien ist das erste islamische Land, das 2018 die Eheschließung einer Muslimin mit einem Nicht-Muslim erlaubt hat, was aber bei der tunesischen Bevölkerung und in der muslimischen Welt schlecht durchgeht. Schauen wir uns grob die muslimischen Normen an:

- Schiitische Muslime lassen nur die Ehe eines Muslims mit einer Muslimin zu. Wenn ein schiitischer Muslim eine Frau einer anderen Religion heiratet, muss diese zuerst zum Islam konvertieren.
- Sunnitische Muslime lassen die Ehe eines Muslims mit einer nicht-muslimischen Monotheistin (jüdisch oder christlich) zu, und diese kann ihren Glauben behalten, wenn sie einen sunnitischen Muslim heiratet. Dieser verbirgt aber in der Regel seinen Wunsch nicht, dass eine solche Ehe zur Bekehrung der Frau zum Islam führe. Selbst ohne Druck wird die Frau sich praktisch gezwungen fühlen, Muslimin zu werden, wenn sie nicht in Bezug auf Erbschaft und Kinderbetreuung entrechtet werden will. Wenn die Frau nicht monotheistisch ist, muss sie zum Islam oder zu einer anderen monotheistischen Religion konvertieren.
- Eine muslimische Frau kann nur einen Muslim heiraten. Der Nicht-Muslim, ob Monotheist oder nicht, muss zuerst zum Islam konvertieren, wenn er eine Muslimin heiraten möchte.
- Wenn eine nicht-muslimische Frau, die mit einem nicht-muslimischen Mann verheiratet ist, Muslimin wird, wird ihre Ehe aufgelöst, es sei denn, ihr Ehemann willigt ein, ihr in ihrer neuen Religion zu folgen.
- Eine Person, ob Mann oder Frau, die den Islam verlassen hat, kann keine Ehe schließen. Kommt der Abfall nach der Heirat, wird die Ehe aufgelöst.

Diese Standards wirken sich auch in der Schweiz aus. Wenn eine muslimische Frau einen Nicht-Muslim heiratet, riskiert sie, von ihren Eltern und ihren Glaubensgenossen entführt oder getötet zu werden. Um diese Probleme zu vermeiden, konvertieren viele Schweizer Männer der Form halber zum Islam, ohne sich der rechtlichen Konsequenzen ihrer Tat bewusst zu sein.

3) Die Genussehe (Ehe auf Zeit)

Schweizerische Normen

Die Ehe ist nicht mehr was sie einst war, ein ewiges Bündnis, wie es die katholische Kirche immer noch lehrt. Niemand kann zwei Ehegatten zwingen, bis zum Tod des einen von ihnen vereint zu bleiben, aber eine im Voraus befristete Ehe kann nach schweizerischem Recht nicht zugelassen werden.

Muslimische Normen

Die Schiiten kennen eine Form der Ehe, die als *zawajj al-mut'ah* (wörtlich: Genussehe) bekannt ist. Sie wird oft mit Ehe auf Zeit übersetzt, die im iranischen Zivilgesetzbuch vorgesehen ist, basierend auf Vers H-92/4:24: "Was darüber hinausgeht, ist euch erlaubt, (nämlich) dass ihr euch als ehrbare Männer, nicht um Unzucht zu treiben, mit eurem Vermögen (sonstige Frauen zu verschaffen) sucht. Wenn ihr dann welche von ihnen (im ehelichen Verkehr) genossen habt, dann gebt ihnen ihren Lohn als Pflichtteil!" Gemäß den Sunniten ist dieser Vers aufgehoben (abrogiert).

Nach den schiitischen Normen kann der Ehemann zu den vier regulären Frauen zusätzlich andere für eine Ehe auf Zeit nehmen, die auch nur eine Stunde bis mehrere Jahre dauern kann. Sunniten zögern nicht, diese Ehe als Prostitution zu bezeichnen. Allerdings gibt es sunnitische Denker, die diese Ehe als Lösung für ein echtes Problem sehen, vor allem für junge Muslime, die im Westen leben, so Gamal al-Banna, der jüngere Bruder von Hassan al-Banna und Großonkel von Tariq Ramadan, welcher letzterer eine solche Ehe mit einer der Klägerinnen geschlossen hatte.

4) Polygamie

Schweizerische Normen

In der Schweiz verstößt die Polygamie gegen den im Artikel 8 der Bundesverfassung von 1999 bekräftigten Gleichheitssatz und stellt gemäß Artikel 215 des Strafgesetzbuches eine strafbare Handlung dar:

Wer eine Ehe schließt oder eine Partnerschaft eintragen lässt, obwohl er verheiratet ist oder in eingetragener Partnerschaft lebt, wer mit einer Person, die verheiratet ist oder in eingetragener Partnerschaft lebt, die Ehe schließt oder die Partnerschaft eintragen lässt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Muslimische Normen

Abgesehen von den Sklavinnen und den Frauen, mit denen er in einer Genussehe verheiratet ist, erlaubt der Koran dem Muslim bis zu vier Ehefrauen gleichzeitig. Er empfiehlt jedoch, sich auf eine Frau zu beschränken, wenn die Befürchtung vorhanden ist, nicht fair sein zu können: "Und wenn ihr fürchtet, in Sachen der (eurer Obhut anvertrauten weiblichen) Waisen nicht recht zu tun, dann heiratet, was euch an Frauen gut ansteht, (ein jeder) zwei, drei oder vier. Und wenn ihr fürchtet, (so viele) nicht gerecht zu behandeln, dann (nur) eine, oder was ihr (an Sklavinnen) besitzt! So könnt ihr am ehesten vermeiden, unrecht zu tun" (H-92/4:3); dann aber auch: "Und ihr werdet die Frauen (die ihr zu gleicher Zeit als Ehefrauen habt) nicht (wirklich) gerecht

behandeln können, ihr mögt noch so sehr darauf aus sein" (H-92/4:129). Polygamie ist in Tunesien, der Türkei und Israel verboten. Einige arabische Gesetzgeber haben Maßnahmen ergriffen, um die Polygamie auf Grundlage der oben genannten Koranverse einzuschränken. Diese Maßnahmen variieren von Staat zu Staat und können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Frau kann eine Klausel der Nicht-Wiederverheiratung einschließen, die es ihr erlaubt, sich scheiden zu lassen, wenn der Ehemann eine andere Frau heiratet;
- Die Frau kann im Fall einer Wiederverheiratung die Scheidung auch beantragen, wenn die Vertragsklausel nicht vorliegt;
- Der Ehemann, der eine zweite, dritte oder vierte Frau heiraten will, muss bestimmte Bedingungen erfüllen, die er dem Richter zur Beurteilung vorlegt.

Es kommt vor, dass ein Ausländer, der bereits in seinem Herkunftsland verheiratet ist, eine Schweizerin heiratet und seine erste Ehe verheimlicht, um eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten und dann, sobald er die Bewilligung erhalten hat, sich scheiden lässt und seine erste Frau herholt. Es ist auch schon vorgekommen, dass ein Schweizer im Ausland eine Ehe eingeht und dann, ohne die erste Ehe zu deklarieren, in der Schweiz eine weitere Ehe eingeht und die erste Ehe erst durch Intervention des ersten Ehepartners bekannt wird. Die zweite Ehe ist in diesem Fall gesetzeswidrig und nichtig, da Bigamie strafbar ist, auch wenn die erste Ehe im Ausland geschlossen wurde. Was zählt ist ihre Rechtsgültigkeit in der Schweiz.

5) Das Heiratsalter

Schweizerische Normen

Artikel 94 Ziffer 1 des ZGB sieht vor:

Um die Ehe eingehen zu können, müssen die Brautleute das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und urteilsfähig sein.

Muslimische Normen

Muslimische Juristen erachten die Verheiratung von Kindern, basierend auf Vers H-99/65:4, der implizit die Verstoßung von Mädchen im vorpubertären Alter zulässt, als legitim. Sie berufen sich auch auf den Präzedenzfall von Muhammad, der im Alter von 50 Jahren Aischa geheiratet hatte, als sie sechs Jahre alt war. Im Sudan erlaubt Artikel 40 die Heirat im Alter von 10 Jahren. Ein Gericht hob die Ehe eines achtjährigen Mädchens auf, weil es noch nicht zehn Jahre alt war. Im Jemen wurde das Alter auf 17 Jahre festgelegt, als zuvor ein achtjähriges Mädchen verheiratet wurde. Im Iran beträgt das ge-

gesetzliche Heiratsalter für Mädchen 13 Jahre, das Gericht erlaubt aber die Heirat von neunjährigen Mädchen, wenn der Vater glaubt, dass dies im besten Interesse des Mädchens sei. Das schiitische Familiengesetz im Irak ermöglicht die Verheiratung von Mädchen im Alter von neun Jahren. Einige arabische Juristen versuchen solchen Praktiken ein Ende zu setzen, indem sie ein Mindestalter für die Ehe festlegen. Die meisten gewähren jedoch Ausnahmen, einige gar ohne Angabe eines Mindestalters für einen derartigen Dispens. Zudem greifen einige Gesetzgeber auf Verfahrensbeschränkungen zurück. So verbietet der ägyptische Gesetzgeber dem *Mazoun* (Notar), "die Ehe zu schließen oder zu bestätigen, es sei denn, die Frau habe zum Zeitpunkt des Vertrags das Alter von 16 und der Mann das Alter von 18 Jahren erreicht". Auch können die Gerichte eine Klage im Zusammenhang mit der Anfechtung oder der Anerkennung der Ehe nur dann zulassen, wenn diese durch ein amtliches Dokument belegt ist und beide Ehegatten volljährig sind. Da die Ehe nach Brauch (*'urfi*) in Ägypten teilweise gültig ist, auch wenn kein *Mazoun* zugegen ist, bleibt die Wirksamkeit dieser Bestimmungen beschränkt.

6) Zustimmung zur Heirat

Schweizerische Normen

Die frei ausgesprochene Einwilligung ist eine zwingende Voraussetzung für die Gültigkeit der Ehe. Eine ohne solche Zustimmung geschlossene Ehe ist grundsätzlich nichtig. Da die Ehe eine strikt persönliche Handlung ist, kann niemand zur Ehe gezwungen werden.

Muslimische Normen

Laut klassischen Autoren hat der Vormund das Recht, die Ehe des minderjährigen Jungen und des jungfräulichen Mädchens unabhängig von ihrem Alter und ohne deren Zustimmung zu schließen. Er kann sich ihrer Ehe aber auch widersetzen. Sie können jedoch beantragen, dass der Richter die Ehe auflöse oder, andersherum, sie verheirate, wenn der Richter der Ansicht ist, dass dies in ihrem Interesse liege.

Die arabischen Gesetzgeber gehen das Problem der Verheiratung ohne Zustimmung der Frau unterschiedlich an. Mehrere Gesetzesartikel geben dem Vormund der Frau - grundsätzlich ein männlicher Verwandter in prioritärer Abfolge - die Befugnis, die Ehe zu schließen. Die Frau muss jedoch zustimmen oder mit anderen Worten: es bedarf der Zustimmung beider, des Vormunds und der Frau. Andere Artikel geben der Frau die Möglichkeit, ohne Einwilligung des Vormunds zu heiraten, wenn sie nicht mehr Jungfrau (d.h. wenn sie bereits zuvor verheiratet war) oder wenn sie volljährig ist, und der Vormund kann nur eingreifen, wenn das bezahlte Brautgeld nicht ausreicht oder der Ehemann nicht passend ist.

7) Vergewaltigung in der Ehe und Nötigung

Schweizerische Normen

Das schweizerische Gesetz verfolgt die Gewalt in der Ehe und in eingetragener Partnerschaft von Amtes wegen, einschließlich des sexuellen Verkehrs, den ein Ehepartner dem anderen aufzwingt.

Muslimische Normen

Der Koran erlaubt dem Ehemann (und nur ihm), seine Frau zu schlagen, wenn sie ihm nicht gehorcht und insbesondere sich weigert, mit ihm Sex zu haben. Dies ist die Interpretation, die von muslimischen Juristen für den Vers H-92/4:34 gegeben wird:

Die Männer stehen den Frauen in Verantwortung vor, weil Allah sie (von Natur vor diesen) ausgezeichnet hat und wegen der Ausgaben, die sie von ihrem Vermögen (als Morgengabe für die Frauen) gemacht haben. Und die rechtschaffenen Frauen sind (Allah) demütig ergeben und geben acht mit Allahs Hilfe auf das, was (den Außenstehenden) verborgen ist. Und wenn ihr fürchtet, dass (irgendwelche) Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie! Wenn sie euch (daraufhin wieder) gehorchen, dann unternimmt (weiter) nichts gegen sie! Allah ist erhaben und groß.

Der berühmte Exeget Al-Qurtubi (gest. 1273) weist darauf hin, dass Gott die Anwendung der Schläge explizit nur in Vers H-92/4:34 und für schwere Straftaten erlaubt habe, womit er den Ungehorsam von Frauen auf die selbe Stufe wie diese Straftaten stellt und die Männer gleichsam beauftragt, sie zu bestrafen, ohne dass ein Gerichtsentscheid, Zeugen oder Beweise erforderlich sind, weil Gott die Frauen den Männern anvertraut hat. Er gibt an, dass die Bestrafung je nach Frau variieren kann. Eine Frau der höheren Klasse wird durch Missbilligung gezüchtigt, eine Frau der unteren Klasse aber mit der Peitsche. Er präzisiert, dass die Frau geschlagen wird, wenn sie den Geschlechtsverkehr oder den Dienst an ihrem Mann verweigert. Zu dieser Strafe kommt noch der Verlust des Rechts der Frau auf die Rente hinzu.

Ein solcher Vers gibt ein negatives Bild vom Islam ab. Deshalb bieten einige Übersetzer für den Begriff *udribuhun* (schlägt sie!) verwässerte oder auch gleich falsche Übersetzungen an (siehe unsere Studie *Frappez les femmes* <https://goo.gl/Rzegc6>).

Eine Überlieferung von Muhammad schreibt vor: "Befehlt euren Kindern, im Alter von sieben Jahren zu beten und schlägt sie, wenn sie zehn Jahre alt sind." Fatwas wenden diese Geschichte auch für das Fasten an. Die Presse berichtet von mehreren Fällen von Misshandlung von Kindern wie auch von Erwachsenen, die gezwungen werden, religiöse Verpflichtungen einzuhalten

oder den Koran auswendig zu lernen - auch im Westen. In einigen Ländern werden Kinder buchstäblich angekettet.

8) Auflösung der Ehe

Schweizerische Normen

Die Ehe kann nur vor den Justizbehörden aufgelöst werden, auch wenn beide Ehegatten die Scheidung im gegenseitigen Einvernehmen problemlos schaffen würden.

Muslimische Normen

Das muslimische Recht sieht grundsätzlich drei Wege vor, um die Ehe aufzulösen: Verstoßung, Loskauf oder Scheidung vor Gericht. Da Letzteres kein Problem darstellt, schauen wir uns die ersten beiden an:

Die Verstoßung ist das alleinige Recht des muslimischen Mannes, nur er kann die Ehe durch einseitige Willensbekundung ohne Begründung und ohne Gericht beenden.

Die Frau kann bei ihrem Ehemann eine Verstoßung gegen Zahlung eines Geldbetrags einhandeln. Einige beschreiben diesen Prozess auch als "Scheidung im gegenseitigen Einvernehmen". Der Begriff "Loskauf" wäre jedoch angemessener. In der Tat verwendet der Koran den Begriff *iftadat* (H-87/2: 229), der sich auf das Lösegeld bezieht, das für die Freilassung eines Gefangenen bezahlt wird. Auch wenn die Frau ihre Bereitschaft äußert, die Ehe zu beenden, bleibt der Ehemann hier Herr der Situation: Ohne seine Zustimmung kann die Ehe nicht aufgelöst werden. Der Loskauf kann sogar ein um etliches härteres Vorgehen als die Verstoßung bedeuten, da der Ehemann psychischen und finanziellen Druck auf seine Frau ausüben kann.

Die islamischen Länder haben versucht, den Missbrauch seitens der Männer auf Basis des Korans einzudämmen, der dem Ehemann verbietet, seine geschiedene Frau zurück zu nehmen, bevor sie mit einem anderen verheiratet gewesen war und diese Ehe wieder aufgelöst ist: "Und wenn der Mann (die Frau endgültig) entlässt, ist sie ihm künftig nicht (wieder als Ehefrau) erlaubt, bevor sie nicht (etwa) einen anderen Gatten heiratet. Falls dieser sie entlässt, ist es keine Sünde für die beiden, wieder zueinanderzukommen, wenn sie (dabei) glauben, die Gebote Allahs (in der von ihnen beabsichtigten neuen Ehegemeinschaft) halten zu können" (H-87/2:230).

Eine andere Möglichkeit, die Verstoßung zu begrenzen, ist, den Gang zum Richter anzuordnen, der versucht, die Ehepartner wieder zu versöhnen. Dies basiert auf dem Koran, der sagt: "Und wenn ihr fürchtet, dass es zwischen einem Ehepaar zu einem (ernsthaften) Zerwürfnis kommt, dann bestellt einen Schiedsrichter aus seiner und einen aus ihrer Familie (um zu vermitteln)!"

Wenn die beiden sich (dann) aussöhnen wollen, wird Allah ihnen zu ihrem (weiteren) Zusammenleben (in der Ehe) Gelingen geben" (H-92/4:35).

Und schließlich sehen einige Länder für den Fall einer missbräuchlichen Verstoßung die Zahlung einer Entschädigung vor.

Die gerichtliche Scheidung im Ausland von Muslimen ist in der Schweiz nicht ein Problem. Was aber die Verstoßung und den Rückkauf betrifft, sind diese in der Schweiz verboten, da nur der Richter eine Scheidung aussprechen kann. Aufgrund der Lockerung des Scheidungsverfahrens in der Schweiz, das im Falle der gegenseitigen Zustimmung beider Ehepartner ebenso einfach wie die muslimische Verstoßung geworden ist, gehen aber Lehre und Praxis von Schweizer Tribunalen betreffend Anerkennung von im Ausland erfolgten Verstoßungen, besonders dann, wenn beide Parteien dem zustimmen, bisweilen auseinander.

Es kommt vor, dass in der Schweiz lebende Muslime sich im gegenseitigen Einvernehmen verstoßen oder vor einem Imam oder Konsulat eines muslimischen Landes innerhalb der Schweiz scheiden lassen. Ein solches Verfahren ist in der Schweiz nicht zulässig und das Ehepaar bleibt in den Augen der Behörden verheiratet.

9) Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern

Schweizerische Normen

In der Schweiz sagt Artikel 296 vom ZGB:

- 1) Die elterliche Sorge dient dem Wohl des Kindes.
- 2) Die Kinder stehen, solange sie minderjährig sind, unter der gemeinsamen elterlichen Sorge von Vater und Mutter.
- 3) Minderjährigen Eltern sowie Eltern unter umfassender Beistandschaft steht keine elterliche Sorge zu. Werden die Eltern volljährig, so kommt ihnen die elterliche Sorge zu. Wird die umfassende Beistandschaft aufgehoben, so entscheidet die Kindesschutzbehörde entsprechend dem Kindeswohl über die Zuteilung der elterlichen Sorge.

Artikel 297 A bis präzisiert:

- 1) Üben die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam aus und stirbt ein Elternteil, so steht die elterliche Sorge dem überlebenden Elternteil zu.
- 2) Stirbt der Elternteil, dem die elterliche Sorge allein zustand, so überträgt die Kindesschutzbehörde die elterliche Sorge auf den überlebenden Elternteil oder bestellt dem Kind einen Vormund, je nachdem, was zur Wahrung des Kindeswohls besser geeignet ist.

Betreffend religiöse Erziehung sagt Artikel 303:

- 1) Über die religiöse Erziehung verfügen die Eltern.
- 2) Ein Vertrag, der diese Befugnis beschränkt, ist ungültig.
- 3) Hat ein Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt, so entscheidet es selbstständig über sein religiöses Bekenntnis.

Wenn die Ehepartner auch in diesem Bereich uneinig sind, liegt es in ihrer Verantwortung, nach einer gemeinsamen Übereinkunft zu suchen. Sie können sich gegebenenfalls an eine Ehe- oder Familienberatungsstelle wenden oder den Richter um Vermittlung bitten (Artikel 171 und 172).

Muslimische Normen

Das islamische Gesetz unterscheidet zwischen dem Sorgerecht (*Hadanah*) und der väterlichen Gewalt (*Wilayah*). Die Normen der muslimischen Staaten ähneln sich da in den wesentlichen Punkten: Die Mutter erhält für einen limitierten Zeitraum das Sorgerecht für das Kind. Dieses Sorgerecht wird im Fall, wo die Mutter nicht Muslimin ist, eingeschränkt oder, wenn die Mutter abschwört, aufgehoben. Die väterliche Gewalt bleibt in den Händen des Vaters. Kinder müssen in der muslimischen Religion erzogen werden. Eltern haben keine andere Wahl, wenn ein Teil von ihnen Muslim ist, und ein Kind, das die Volljährigkeit erreicht hat, kann keine andere Religion wählen. Im Fall von Abschwörung des Vaters verliert dieser sowohl seine väterliche Gewalt als auch das Sorgerecht.

Das Problem tritt insbesondere bei Mischehen auf. Der muslimische Ehemann verlangt in der Regel, dass seine Kinder in der muslimischen Religion erzogen werden, eine Forderung, bei welcher der nicht-muslimische Ehepartner oft leichtfertig nachgibt. In Fällen, in denen beide Ehegatten nicht einig werden, beschließt das Ehepaar in der Regel, sich scheiden zu lassen.

Was die väterliche Macht über die Verheiratung der Kinder betrifft, können in der Schweiz lebende muslimische Eltern ihre Kinder nicht zur Heirat zwingen und sie können ihre Ehe mit beispielsweise einem Nicht-Muslim nicht verwehren. Um das schweizerische Gesetz zu umgehen, schicken muslimische Eltern ihre Töchter in ihr Herkunftsland zurück, um ihnen eine von der Familie arrangierte Ehe aufzuerlegen.

Eines der akutesten Probleme ist die Entführung von Kindern. Mit Ausnahme von Marokko hat kein muslimisches Land das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung ratifiziert.

10) Das Erbrecht

Schweizerische Normen

Artikel 8 der Bundesverfassung von 1999 verbietet Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der Religion. Das Erbrecht unterliegt dem Zivilgesetzbuch. Es gibt keinen Hinweis auf die Religion und das Geschlecht der Erben. Niemand darf aus Gründen der Religionszugehörigkeit oder des Geschlechts ganz oder teilweise seiner Erbrechte enthoben werden.

Muslimische Normen

Das muslimische Gesetz enthält Normen, welche die Frauen in Erbschaftsfragen diskriminieren (siehe unser Buch *Les successions en droit musulman* <https://goo.gl/Yk9n1a>). Diese Diskriminierung beruht auf dem Koran, der den Söhnen in der Regel den doppelten Anteil zugesteht und dem Ehemann das doppelte von dem, was seine Frau von ihm bei seinem Ableben erben würde (H-92/4:11-13). Diese Diskriminierung wird der Idee zugeschrieben, dass die Männer mehr Verantwortung haben als die Frauen. Solche Begründungen missachten die Tatsache, dass manche Frauen heute mehr für ihre Familien sorgen als ihre Männer.

Das muslimische Gesetz enthält auch diskriminierende Normen in Bezug auf die Religionszugehörigkeit. So kann ein Muslim, der abschwört, niemanden beerben, und sein Nachlass wird noch zu seinen Lebzeiten geregelt, insbesondere wenn er sein Land verlässt um der Justiz zu entgehen. Allein seine muslimischen Erbberechtigten können ihn beerben. Wenn er zum Islam zurückkehrt, gewinnt er sein Eigentum zurück. Andererseits kann der Muslim keinen Christen beerben und umgekehrt. Wenn also eine Nicht-Muslimin einen Muslim heiratet und Kinder (nach muslimischem Recht zwangsläufig Muslime) zur Welt bringt, kann sie nicht von ihrem Ehemann oder ihren Kindern erben. Auf der anderen Seite können muslimische Kinder nicht von ihrer nicht-muslimischen Mutter erben. Und wenn ein Christ Muslim wird, können nur seine Kinder, die Muslime werden, von ihm erben. Die einzige Möglichkeit, diese Regel zu umgehen, besteht darin, eine Abtretung von einem Drittel des Nachlasses zugunsten des aus religiösen Gründen vom Erbe beraubten Erben zu erstellen. Das muslimische Erbrecht bringt viele nicht-muslimische Frauen, die mit Muslimen verheiratet sind, dazu, (der Form halber) Musliminnen zu werden, um nicht ihren Anteil am Erbe ihrer Ehemänner zu verlieren und damit die Kinder (normalerweise Muslime) nicht von ihrem eigenen Erbe ausgeschlossen sind.

Wenn der Verstorbene seinen letzten Wohnsitz in der Schweiz hat, sind die Schweizer Behörden zuständig (Art. 86 Abs. 1 Internationales Privatrechtsgesetz IPRG) und wenden schweizerisches Recht an (Art. 90 Abs. 1 IPRG).

Wenn der Verstorbene Muslim ist, werden muslimische Normen durch die Regelung bei Gesetzeskonflikten ausgeschlossen. Das Problem entsteht dann, wenn der Verstorbene in seinem Testament die Anwendung des islamischen Gesetzes seines Nationalstaates gewählt hat, da das schweizerische Gesetz die Wahl des anzuwendenden Rechts erlaubt (Art. 90 Abs. 2 IPRG). Wenn der Verstorbene seine letzte Heimat in seinem Herkunftsland gehabt hat, sind die schweizerischen Behörden nur dann zuständig, wenn er unbewegliches Vermögen in der Schweiz hinterlässt und dies auch nur, wenn die ausländischen Behörden sich nicht um das Erbe kümmern (Art. 88 Abs. 1). In diesem Fall ist die Erbfolge durch das Recht geregelt, das durch das internationale Privatrecht des Staates bestimmt wird, in welchem der Erblasser seinen Wohnsitz hatte (Art. 91 Abs. 1). Auch hier ist es durchaus möglich, dass das muslimische Recht zu tragen kommt. Schließlich sind die internationalen Übereinkommen zu berücksichtigen, insbesondere das Übereinkommen von 1934 zwischen der Schweiz und dem Iran, das die Anwendung des nationalen Gesetzes des Verstorbenen vorsieht. Wenn die Erben mit der Anwendung der muslimischen Normen, die sie benachteiligen, einverstanden sind, müssen die mit der Erbfolge betrauten Schweizer Behörden und die Schweizer Banken, welche die Erbfolge an die Erben zu übertragen haben, den diskriminierenden Charakter der muslimischen Normen nicht automatisch ansprechen. Man hat nicht päpstlicher zu sein als der Papst selber. Anders müsste es laufen, wenn die Erben die Einhaltung des Verfassungsprinzips der Gleichstellung der Geschlechter fordern. In der Tat ist hier noch zu erwähnen, dass zahlreiche Stimmen in der islamischen Welt die Anwendung einer solchen Gleichberechtigung in Erbschaftsfragen fordern.

Kapitel III

Strafrecht und grausame Strafen

Schweizerische Normen

Strafrechtliche Sanktionen für Gesetzesverstöße werden im Wesentlichen durch das Strafgesetzbuch geregelt, das dem Prinzip der Humanisierung der Strafe folgt. In Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO heißt es: "Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden". Art. 10 Abs. 3 der Bundesverfassung von 1999 legt fest:

Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten.

Muslimische Normen

Auf Basis des Korans und der Sunna Muhammads unterscheiden die klassischen muslimischen Juristen zwischen zwei Kategorien von Delikten:

- Delikte, die mit vom Koran oder der Sunna von Muhammad vorgesehenen fixen (*Hadd*-)Strafen, geahndet werden: Gemäß dem Vereinheitlichten arabischen Strafgesetz umfasst diese Kategorie folgende Straftaten: Ehebruch (mit Steinigung bestraft, wenn der Täter verheiratet ist, und mit Auspeitschen für Unverheiratete), Verleumdung von Ehebruch (Auspeitschen), Alkoholkonsum (Auspeitschen), Raubüberfall (bestraft mit der Amputation der rechten Hand und beim ersten Rückfall des rechten Fußes), *Haraba*/Banditismus und *Baghy*/Rebellion (bei Todesfall mit Todesstrafe geahndet, ob er Güter entwendet hat oder nicht; mit der Amputation der rechten Hand und des linken Fußes, wenn er sich am Eigentum, der Ehre oder der Person verging, ohne den Tod zu verursachen) und Abtrünnigkeit (mit Todesstrafe). Hinzu kommt die Verletzung des Lebens und der körperlichen Integrität (strafbar mit *Qasas*/Vergeltungsmaßnahme: eine der Kategorie und dem Grad der begangenen Straftat gleichwertige Strafe, welche in *Diyya*/Blutgeld oder *Arsh*/Schadenersatz umgewandelt werden kann).
- Delikte, die mit *Ta'zir*/Ermessenssanktionen belegt werden: Diese Kategorie umfasst die oben genannten Straftaten, bei denen eine der Voraussetzungen nicht gegeben ist. Darunter fallen auch alle anderen Straftaten, die nicht zur ersten Kategorie gehören.

Wann immer die Voraussetzungen für eine Straftat erfüllt sind, welche mit einer fixen (*Hadd*-)Strafe geahndet wird, kann ein Täter nicht begnadigt (vollständiger oder teilweiser Erlass der Strafe oder Umwandlung in eine mildere Strafe) werden und dies aufgrund von Koranvers H-87/2:229: "Das sind die Schranken Allahs, also übertretet sie nicht; die aber die Schranken Allahs übertreten, das sind die Ungerechten".

Artikel 47 des Vereinheitlichten arabischen Strafgesetzes lautet: "Mit Ausnahme der *Hadd*-Strafen sowie der *Qisas*/Vergeltungsmaßnahmen kann das Staatsoberhaupt auf Vorschlag der Amnestiekommission Begnadigung gewähren. Die Begnadigung kann ganz oder teilweise gewährt oder in eine andere Strafe umgewandelt werden".

Die meisten arabischen Länder haben sich für ein modernes, vor allem aus dem Westen entlehntes Sanktionssystem entschieden. Nach wie vor gibt es aber einige Länder, welche die islamisch genannten Sanktionen anwenden oder dazu zurückgekehrt sind. So wendet Saudi-Arabien weiterhin islamische Strafen gegen Delikte wie Diebstahl, Ehebruch, Verletzung des Lebens und der körperlichen Integrität und Abfall vom Glauben an, während zum Beispiel Ägypten diese Sanktionen aufgegeben hat.

Die Anwendung des islamischen Strafsystems ist ein beharrlicher Anspruch der Muslime. So hat der Rat der arabischen Justizminister 1996 einstimmig den *Unified Arab Penal Code* gebilligt, der für die Anwendung solcher Sanktionen bloß auf günstigere Zeiten wartet. Den Teil davon, der den islamischen Sanktionen gewidmet ist, haben wir ins Französische übersetzt (<https://goo.gl/pqfY15>). In den im Irak und in Syrien besetzten Gebieten beeilte sich der IS, diese Normen anzuwenden. Es gibt Muslime im Westen, die für die Anwendung des muslimischen Strafsystems plädieren und Hani Ramadan plädierte für die Steinigung wegen Ehebruchs. Ein in Großbritannien für muslimische Schüler verwendetes Lehrbuch beschreibt diese Sanktionen bis in ihre Einzelheiten.

Kapitel IV

Individuelle Freiheit und Sklaverei

Schweizerische Normen

Sklaverei ist eine Geißel, die in allen Gesellschaften seit frühesten Zeiten bekannt ist. Man trifft sie in allen drei monotheistischen Religionen an. Die Schweiz beteiligte sich aktiv am Sklavenhandel, im berühmt-berüchtigten "Dreieckshandel", der zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert zwischen Europa, Afrika und der Neuen Welt eingerichtet wurde. Schweizer Banken besaßen bis zu einem Drittel der Aktien der *Compagnie des Indes*, ein französisches Unternehmen, das vor allem im Sklavenhandel von Westafrika ein Monopol besaß. Handelshäuser finanzierten Sklaverei-Unternehmen oder trieben Handel mit ihnen. Während des Anti-Sklaverei-Konflikts in den Vereinigten Staaten befand sich die öffentliche Meinung der Schweiz überwiegend auf der Seite der Nordstaaten. Die Südstaaten wurden jedoch von Schweizer Emigranten unterstützt, welche selber Sklavenhalter waren. Nach dem Ersten Weltkrieg unterzeichnete die Schweiz eine Reihe internationaler Abkommen gegen die Sklaverei. Im Jahr 1926 ratifizierte sie das Sklavereiabkommen des Völkerbundes und 1956 das Zusatzabkommen der UNO zur Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken.

Muslimische Normen

Der Koran enthält zahlreiche Verse, die sich zur Sklaverei und zu den von Muslimen auf Razzien gemachten Sklavinnen äußern. Auch wenn er die Möglichkeit zur Freigabe zwecks Sühnung einiger Vergehen bietet, sieht der Koran die vollständige Abschaffung der Sklaverei nicht vor. Die Muslime waren im Gegenteil groß am Sklavenhandel beteiligt und hatten Versklavung während 14 Jahrhunderten praktiziert, und die Abschaffung der Sklaverei wurde nur unter der Druck des Westens erreicht. Diese Abschaffung fand in Saudi-Arabien erst im Jahr 1968 statt und wurde von religiösen Kreisen beider heiligen Städte Mekka und Medina verurteilt. Im Sudan und in Mauretanien wird die Sklaverei noch immer praktiziert.

Mehrere auf saudischen Websites veröffentlichte Fatwas und Artikel befürworten die Rückkehr zur Sklaverei, die nicht abgeschafft werden könne, weil sie im Koran vorgesehen ist. Der große pakistanische Religionsgelehrte Al-Mawdudi (gest. 1979) antwortet einem Autor, der die Sklaverei im Islam abstreitet: "Kann der ehrenwerte Autor eine einzige koranische Norm anführen,

welche die Sklaverei in absoluter Weise für die Zukunft aufhebt? Die Antwort lautet sicher nein." Die Abschaffung der Sklaverei im Islam ist daher konjunkturabhängig und bloss vorübergehend. Sklaverei kann jederzeit rehabilitiert werden, wenn Muslime die Macht haben, sie zu reaktivieren. Das ist denn auch, was der IS in den besetzten Gebieten von Irak und Syrien getan hat.

In Deutschland soll sich eine jesidische Flüchtlingsfrau, die im Irak vom IS versklavt worden war, dazu entschieden haben, das Land zu verlassen, mit der Begründung, plötzlich ihrem Peiniger, der als Asylsuchender registriert war, gegenüber gestanden zu sein. Zitiert von der britischen Zeitung *The Times* gibt die junge Frau in einem Interview mit der kurdischen Nachrichtenagentur *Bas News* an, auf dem Nachhauseweg in Stuttgart von Abu Humam, der Person, die sie in Mosul für hundert Dollar gekauft habe, auf der Straße angehalten worden zu sein.

"Ich erstarrte, als ich sein Gesicht sah, es war Abu Humam, mit demselben furchterregenden Bart und widerlichen Gesicht", sagt Ashwaq Ta'lo, zitiert von *Bas News*. Die junge Frau versichert, ihren Peiniger in Deutschland zweimal (2016 und 2018) gesehen zu haben.

Er habe ihr gesagt: "Ich bin Abu Humam und du warst eine Weile mit mir in Mosul; ich weiß auch wo du lebst, mit wem du zusammenlebst und was du machst." Worauf sich Ashwaq Ta'lo an die deutsche Polizei wandte, welche die Person auf CCTV-Aufnahmen identifizieren konnte. Die Behörden teilten ihr jedoch mit, dass keine Anklage gegen Abu Humam, der ebenfalls als Flüchtling registriert sei, vorliege, die es erlauben würde, ihn anzuhalten.

Nach diesem Trauma entschied sich die junge Frau, welche es geschafft hatte, den Klauen des IS zu entkommen, Deutschland zu verlassen, um nach Kurdistan zurückzugehen, so *Bas News*. "Ich habe mich entschieden, nach Kurdistan zurückzukehren und niemals wieder nach Deutschland zu kommen", sagt sie (<https://goo.gl/DHPahF>).

In Anbetracht solcher Nachlässigkeit westlicher Behörden ist nicht ausgeschlossen, dass im Westen Fälle von Sklaverei von Muslimen vorkommen und vorkommen werden, die durch muslimische Sklaventreiber-Normen motiviert sind, die auch die Vergewaltigung ungläubiger Frauen legitimieren. Diese Normen müssen auch mit dem in Verbindung gebracht werden, was sich im Zusammenhang mit muslimischen Migranten in Deutschland und anderswo ereignet hat.

Kapitel V

Religionsfreiheit

Religionsfreiheit kann in vielen Bereichen geltend gemacht werden. In diesem Kapitel beschränken wir uns auf die Aspekte der Beitrittsfreiheit, der religiösen Kennzeichnung, der Meinungsfreiheit, der Gebete und des Fastens im Ramadan, der Versammlungsorte und des religiösen Personals.

1) Die Freiheit beizutreten

Schweizerische Normen

Artikel 15 der Bundesverfassung sagt:

- 1) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet.
- 2) Jede Person hat das Recht, ihre Religion und ihre weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekennen.
- 3) Jede Person hat das Recht, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören und religiösem Unterricht zu folgen.
- 4) Niemand darf gezwungen werden, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen.

Wir haben weiter vorne Artikel 303 des ZGB zitiert, der der Mutter und dem Vater die religiöse Erziehung des Kindes anvertraut und dem 16-jährigen Kind das Recht gibt, seinen eigenen Glauben frei zu wählen. Hat ein Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt, so entscheidet es selbständig über sein religiöses Bekenntnis

Muslimische Normen

Nach muslimischem Recht ist das Kind, von dem ein Elternteil Muslim ist, zwangsläufig Muslim, auch wenn seine Eltern eine anders lautende Meinung dazu haben. Und einmal erwachsen hat es nicht das Recht, seine Religion zu wechseln.

Das islamische Gesetz fördert die Konversion zum Islam, bestraft jedoch die Abwendung vom Islam strengstens. Zwei arabische Staaten, Mauretanien und der Sudan, sehen explizit die Todesstrafe dafür vor, aber anderswo ist der Abtrünnige auch nicht sicherer und kann von einem Familienmitglied getötet werden. Er kann nicht heiraten, seine Ehe wird aufgelöst, seine Kinder werden ihm weggenommen und sein Nachlass wird eröffnet. Eine öffentliche

Funktion bleibt ihm versagt. Es ist auch verboten, jemand, der Muslim ist, zu bekehren. Ein Konvertit wird nur selten einen Priester finden, der sich bereit erklärt, ihn zu taufen und wenn dies einmal doch der Fall ist, dann immer unter der Bedingung der Verschwiegenheit. Der von allen arabischen Justizministern im Jahr 1996 gutgeheißene und auf der Website der Arabischen Liga zu findende *Unified Arab Penal Code* sieht in den Artikeln 162-165 die Todesstrafe gegen Abtrünnige vor (siehe unser Buch *Les sanctions dans l'islam* mit Text und Übersetzung des Vereinheitlichten arabischen Strafgesetzes <https://goo.gl/pqfY15>).

Jeder in der Schweiz kann Muslim werden und Muslime praktizieren den Proselytismus manchmal bis zum Überdruß, sogar in den Gefängnissen. Imame erlauben nur dann eine religiöse Zeremonie bei der Heirat mit einer Muslimin, wenn der Mann zum Islam konvertiert, und manche üben auch Druck auf die Christin aus, die einen Muslim heiraten möchte, damit sie Muslimin werde. Während Konvertiten zum Islam offen an Radio- und Fernsehprogrammen teilnehmen, um die Verdienste des Islam zu preisen, wagt dies ein Christ muslimischer Herkunft nur selten. In der Schweiz verteilen Muslime Exemplare des Korans aus Saudi-Arabien, auch vor dem Bundeshaus, während Saudi-Arabien die Einfuhr der Bibel in sein Hoheitsgebiet untersagt.

Hier sei noch erwähnt, dass Jean-Pierre Chevènement zu seiner Zeit als französischer Innenminister während einer Konsultation, bei der alle muslimischen Verbände, die großen Moscheen und bestimmte Persönlichkeiten versammelt waren, diesen Leuten einen Text vorlegte, dessen Inhalt "nicht Gegenstand von Verhandlungen" sein sollte und schließlich trotzdem abgeändert wurde. Im ursprünglichen Text hieß es, dass dieses Übereinkommen "speziell das Recht einer Person auf das Wechseln seiner Religion oder seines Glaubens festschreibt". Wenn ein Muslim frei ist, seine Religion zu wechseln, steht seine Entscheidung über derjenigen der Gruppe. Nach langen Diskussionen wurde dieser Punkt auf Ersuchen der muslimischen Behörden hin, insbesondere der UOIF (Union der islamischen Organisationen in Frankreich), endgültig zurückgezogen. Der Pakt wurde am 28. Januar 2000 unterzeichnet. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus hat diese Problematik nie angesprochen, während sie stets eilfertig jeden von ihr als Angriff auf die Religionsfreiheit erachteten Vorgang zu verurteilen bereit ist, wie das bei der Abstimmung über Minarette klar geworden ist.

2) Körperliche Zeichen der religiösen Zugehörigkeit

Schweizerische Normen

Artikel 10 der Bundesverfassung von 1999 stipuliert:

- 1) Jeder Mensch hat das Recht auf Leben [...]

2) Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.

3) Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten.

Die Artikel 122 und 123 des Schweizerischen Strafgesetzbuches verurteilen die schwere Körperverletzung und die einfache Körperverletzung. Artikel 124 gilt spezifisch der Verstümmelung weiblicher Genitalien.

Auf den ersten Blick dürften diese Bestimmungen, die in praktisch allen nationalen Gesetzen vorkommen, ausreichen, um die Beschneidung von Männern und Frauen in der Schweiz zu verbieten. Leider akzeptieren weder der schweizerische noch der internationale Gesetzgeber diese Folgerung. Verurteilt wird nur die Beschneidung von Frauen; zur Beschneidung von Männern schweigt man sich aus und dies hauptsächlich aus einem politischen Grund: aus Angst, des Antisemitismus bezichtigt zu werden. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass weder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte noch die Europäische Menschenrechtskonvention das Recht auf körperliche Unversehrtheit ausdrücklich erwähnen. Dies Versehen ist kein Zufall. Wir sind aber der Meinung, dass die Unterscheidung zwischen männlicher und weiblicher Beschneidung nicht vertretbar ist und gegen das Diskriminierungsverbot verstößt. Keine davon sollte - unabhängig von der Religion - an einem nicht zustimmenden Minderjährigen ohne tatsächlichen und aktuellen medizinischen Grund praktiziert werden dürfen.

Muslimische Normen

Bei den Christen wird die Kindstaufe vorgenommen. Obwohl die Taufe gemäss der christlichen Lehre ein unauslöschliches Zeichen ist, hinterlässt sie keine körperliche Spuren wie etwa die Beschneidung von Männern, die von Juden, Muslimen und bestimmten christlichen Gruppen praktiziert wird (100% in Ägypten und 60% in den Vereinigten Staaten). Die Beschneidung von Frauen wird auch bei Muslimen (laut Statistik von 2014 sind 91% der ägyptischen Frauen zwischen 15 und 45 Jahren beschnitten), Falascha-Juden und einigen christlichen Gruppen (wie in Ägypten) praktiziert. Diese Gruppen beanspruchen diese Sitten im Namen der Religionsfreiheit und der kulturellen Rechte. Tausende Frauen werden im Westen beschnitten, auch in der Schweiz, und einige Familien schicken ihre Töchter zur Beschneidung in ihre Heimatländer (siehe dazu unser Buch *Circumcision: le complot du silence* <https://goo.gl/ygdxuK>).

3) Meinungsfreiheit

Schweizerische Normen

Artikel 16 der Bundesverfassung hält fest:

- 1) Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet.
- 2) Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äußern und zu verbreiten.
- 3) Jede Person hat das Recht, Informationen frei zu empfangen, aus allgemein zugänglichen Quellen zu beschaffen und zu verbreiten.

Es wäre jedoch illusorisch zu glauben, die Meinungsfreiheit sei absolut. Artikel 261 des Schweizerischen Strafgesetzbuches sanktioniert mit einer Geldstrafe "Wer öffentlich und in gemeiner Weise die Überzeugung anderer in Glaubenssachen, insbesondere den Glauben an Gott, beschimpft oder verspottet oder Gegenstände religiöser Verehrung verunehrt". Weitere Eingrenzungen sind in Artikel 261a festgelegt, welcher am 18. Juni 1993 angenommen wurde und seit dem 1. Januar 1995 in Bezug auf die Rassendiskriminierung in Kraft ist.

Muslimische Normen

Das islamische Gesetz setzt insbesondere im Bereich der islamischen Religion Grenzen. Der Koran selbst kritisiert die Nicht-Muslime, Polytheisten wie Monotheisten, in vielen Versen. Das erste Kapitel des Koran, die *Fatiha*, die der Muslim bis zu 17 Mal am Tag wiederholen muss, sagt:

Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen du Gnade erwiesen hast, und die nicht dem Zorn (Allahs) verfallen sind und nicht irregehen! (M-5/1:6-7).

Nach Ansicht der muslimischen Exegeten sind die, gegen die Gott zornig ist, die Juden, und die Irregegangenen sind die Christen. Das kommt einer regelrechten Gehirnwäsche gleich und ist ein täglicher Aufruf zum Hass. Solches wird in den Schulen gelehrt (siehe unsere Studie: Die Fatiha und die Kultur des Hasses <https://goo.gl/uTJk7Z>).

Am Islam ist keine Kritik erlaubt. Die zwei bekanntesten Fälle sind der von Salman Rushdie, gegen den Imam Khomeini am 14. Februar 1989, nach Veröffentlichung seines Buches *Die satanischen Verse* eine Fatwa für seine Tötung auslöste, und die am 30. September 2005 in einer dänischen Zeitung veröffentlichten Karikaturen von Muhammad. Zu erwähnen ist auch der Anschlag auf die Zeitschrift *Charlie Hebdo* am 7. Januar 2015 in Paris. Dies sind Ereignisse, die sich im Westen abspielten. Auf die vielen Maulkörbe in Sachen Meinungsfreiheit in den arabischen und muslimischen Ländern werden wir hier nicht eingehen.

Was die Schweiz betrifft, ist noch die *Affaire Voltaire* zu erwähnen, die im Juli 1993 anlässlich des dreihundertsten Geburtstag Voltaires (*1694) begann. Der französische Regisseur Hervé Loichemol ersuchte die Stadt Genf um eine Subvention, um das Theaterstück Voltaires mit Titel *Mahomet ou le fanatisme* aufzuführen. Die für Kulturangelegenheiten zuständigen Genfer Behörden weigerten sich, das Stück zu finanzieren, mit der Begründung, die muslimische Gemeinschaft von Genf nicht vor den Kopf stoßen zu wollen. Der verärgerte Produzent organisierte daraufhin eine öffentliche Debatte, um die Angelegenheit mit lokalen Medienvertretern, den Behörden und der muslimischen Gemeinschaft zu diskutieren. Die Vertreter der Islamischen Kulturstiftung und des Islamischen Zentrums von Genf schlossen sich den Genfer Behörden gegen den französischen Produzenten an, und das Stück durfte nicht aufgeführt werden.

Wir stellen fest, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus jegliche Kritik am Islam ablehnt und am 27. Juni 2017 eine Konferenz zur Muslimfeindlichkeit an der Universität Fribourg finanziert hat. Über die diskriminierenden muslimischen Normen und Praktiken gegen Nicht-Muslime verliert sie kein Wort. Aufgrund dieser einseitigen Haltung fordern einige Stimmen schlichtweg die Auflösung dieser Kommission.

4) Künstlerische Ausdrucksfreiheit

Schweizerische Normen

Künstlerischer Ausdruck fällt unter Meinungsfreiheit. Artikel 69 Abs. 1 der Verfassung besagt, dass für die Kultur die Kantone zuständig sind. Absatz 2 fügt dem hinzu: "Der Bund kann kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen sowie Kunst und Musik, insbesondere im Bereich der Ausbildung, fördern".

Artikel 67a sagt speziell zur musikalischen Ausbildung:

- 1) Bund und Kantone fördern die musikalische Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.
- 2) Sie setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für einen hochwertigen Musikunterricht an Schulen ein. Erreichen die Kantone auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung der Ziele des Musikunterrichts an Schulen, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.
- 3) Der Bund legt unter Mitwirkung der Kantone Grundsätze fest für den Zugang der Jugend zum Musizieren und die Förderung musikalisch Begabter.

Muslimische Normen

Das islamische Recht hat eine Haltung, die gegenüber der Kunst in den meisten ihrer Ausdrucksformen wie Musik, Gesang, Tanz, Skulptur, Zeichnung,

Theater, Kino, als feindlich bezeichnet werden kann. An die Zerstörung der Buddha-Statuen in Afghanistan, der Statuen im Irak und in Syrien oder an die Zerstörung der Kreuze und religiösen Statuen in Kirchen braucht hier nicht erinnert zu werden. Ausser der schiitischen Ausrichtung lehnen bis heute die muslimischen Länder die Darstellung der Propheten ab, sei es im Kino, im Theater, in Form von Skulpturen oder auf Zeichnungen. Religiöse Kreise haben sich auch Musikinstrumente vorgenommen. Diese islamischen Normen werden im Westen manchmal von muslimischen Eltern vorgebracht, welche sich dagegen wehren, dass ihre Kinder in der Schule Musik, Singen oder Zeichnen lernen. Es gab mehrere Angriffe von Muslimen auf religiöse und nichtreligiöse Statuen in westlichen Ländern, auch in Genf. Solche Taten werden oft geistig verwirrt bezeichneten Menschen zugeschrieben, basieren aber auf islamischen Normen (siehe dazu auch unsere Studie *Islam et la destruction des statues* <https://goo.gl/p49fgh>).

5) Gebete und das Fasten während des Ramadans

Schweizerische Normen

Artikel 15 der Bundesverfassung sagt in seinen Absätzen 3 und 4:

- 3) Jede Person hat das Recht, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören und religiösem Unterricht zu folgen.
- 4) Niemand darf gezwungen werden, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen.

Muslimische Normen

Dass der Islam die Abtrünnigkeit verbietet, haben wir bereits gesehen. Diese besteht nicht nur darin, den Islam zugunsten einer anderen Religion aufzugeben, sondern auch darin, eine kritische Haltung gegenüber dem Islam oder einer seiner Praktiken einzunehmen. Wir sprechen hier von klar bekannten Elementen. Von Kindesbeinen an werden Kinder von ihren Eltern gezwungen, religiöse Praktiken einschließlich Gebet einzuhalten. Muhammad sagt: "Befehlt euren Kindern, im Alter von sieben Jahren zu beten und schlägt sie im Alter von zehn Jahren." Einige Fatwas wenden diese Überlieferung auch auf die Pflicht des Fastens an.

Beten und Fasten sind zwei der fünf Säulen des Islam. Wer sie aufgibt und denkt, sie seien nicht obligatorisch, wird abtrünnig und fällt unter die Todesstrafe. Für denjenigen, der sie aus Trägheit aufgegeben hat, sehen einige Juristen vor, ihn zu töten und andere, ihn zu züchtigen und einzusperren bis zu seinem Tod oder seiner Reuebekundung. Eine saudische Fatwa erlaubt einem Beamten, seinen Kollegen zu töten, wenn er dem Gebet nicht nachgeht. Das mauretanische Strafgesetzbuch betrachtet die Weigerung zu beten als

Apostasie, die mit dem Tod bestraft werden muss. In vielen muslimischen Ländern wird auch die öffentliche Nichteinhaltung des Fastens durch Nicht-Muslime sanktioniert. Die Stundenpläne in der Schule und bei der Arbeit werden in diesem Monat gekürzt und den religiösen Erfordernissen angepasst. Muslime versuchen, ihren Glaubensgenossen auch im Westen das Fasten im Ramadan aufzuzwingen. Die Presse hat über mehrere gewalttätige und sogar tödliche Zwischenfälle berichtet.

Kann man muslimische Schüler ihren Unterricht unterbrechen lassen, um ihre täglichen Gebete durchzuführen? Diese Frage ist in der Schweiz noch nicht formuliert worden, wohl aber im benachbarten Italien, wo ein pakistanischer Vater die Lehrerin in einem Dorf in der Nähe von Bologna bat, ihre neunjährige Tochter allein für einige Minuten beten zu lassen. Die Antwort fiel negativ aus und löste eine Kontroverse zwischen der katholischen Kirche und der muslimischen Gemeinschaft sowie der evangelischen Kirche aus, wobei letztere die muslimische Gemeinschaft unterstützte.

Auch das Fasten im Ramadan generiert Probleme. Sicher können muslimische Arbeitnehmer ihren Jahresurlaub während dieses Monats beziehen, aber eine Anpassung der Arbeitszeit an den Ramadan können sie nicht verlangen. Die dänische Ministerin für Einwanderung und Integration hat die Muslime aufgefordert, zu Gunsten der Sicherheit und Produktivität am Arbeitsplatz ihren Jahresurlaub auf den Ramadan zu verlegen. Schwieriger ist dies für die Schule, da die Schüler in diesem Monat keinen Urlaub nehmen können und eine Anpassung des Stundenplans nicht drin liegt. Man hört von muslimischen Studenten, die Druck auf ihre muslimischen Kollegen ausüben, welche nicht fasten, indem sie in ihre Richtung Zeichen des Halsabschneidens machen.

6) Kultusstätten und religiöses Personal

Schweizerische Normen

Artikel 50 Absatz 1 der Bundesverfassung von 1874 sagte: "Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet". Die BV von 1999 sieht nicht ausdrücklich die freie Ausübung des Gottesdienstes vor, aber diese Freiheit ist im Art. 15 Abs. 2 mitgemeint, welcher besagt: "Jede Person hat das Recht, ihre Religion und ihre weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekennen".

Muslimische Normen

In den islamischen Ländern gibt es eine Verschmelzung von Staat und Religion. Eine der Funktionen des Staates besteht darin, die Verbreitung der muslimischen Religion und die Einhaltung der religiösen Verpflichtungen

durch ihre muslimischen Bürger sicherzustellen. Für den Unterhalt der Orte und des Personals des muslimischen Kultes ist auch der Staat zuständig.

Muslimische Gesetze garantieren anerkannten religiösen Minderheiten die Kultusfreiheit. Die Situation variiert jedoch von Land zu Land. In Ägypten ist es beispielsweise nicht immer leicht, eine Bewilligung zum Bau oder zur Reparatur einer Kirche zu erhalten. Oman stellt gratis Land für den Bau von Kirchen zur Verfügung. Der Extremfall ist Saudi-Arabien, welches Nicht-Muslimen jegliche Kultusfreiheit unterbindet. Die Tausende Christen, die dort arbeiten, haben kein Recht auf eine Kirche und können sich nicht einmal an einem privaten Ort treffen, um in Gemeinschaft zu beten. Wer in flagranti erwischt wird, wird festgenommen, eingesperrt und manchmal deportiert. Wer zu Ostern oder zu Weihnachten an Messen teilnehmen möchte, macht Urlaub in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain oder Abu Dhabi.

Heutzutage haben die Muslime in der Schweiz mehrere Moscheen und viele Kultusstätten. Mitarbeiter und Kultusstätten werden oft von islamischen Ländern finanziert, die eine gewisse Kontrolle über ihre Staatsangehörigen ausüben wollen. Eines der Ziele der Muslime, welche die Anerkennung des Islams durch die Schweiz anstreben, besteht darin, von der Finanzierung von Kultstätten und der Schaffung je eines Lehrstuhls für muslimische Gelehrsamkeiten an der Theologischen Fakultät von je einem deutschsprachigen und einem welschen Kanton, "wie die Lehrstühle für jüdische und christliche Studien, finanziert von den Schweizer Behörden", zu profitieren. Es wäre ein Irrtum, sich der Ausbildung von Imamen in der Schweiz zu widersetzen. Die Muslime in der Schweiz sind gekommen um zu bleiben. Sie den im Ausland ausgebildeten Imamen zu überlassen würde den konfessionellen Frieden in der Schweiz früher oder später gefährden. Aus diesem Grund ist es klüger, eine solche Ausbildung zu gewährleisten, aber deren Inhalt sorgfältig zu kontrollieren, damit diese Ausbildung den Verfassungsgrundsätzen entspricht, insbesondere im Hinblick auf die Religionsfreiheit und die Gleichheit der Menschen ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer Religion.

Am 8. Juli 2008 wurde eine Volksinitiative eingereicht, um in Artikel 72 der Verfassung einen dritten Absatz einzuführen, in dem es heisst: Der Bau von Minaretten ist verboten. Obwohl das Parlament und der Bundesrat den Bürgern empfohlen haben, diese Initiative abzulehnen, stimmten die Schweizer Bürger am 29. November 2009 zur Überraschung der Urheber dieser Initiative dem Verbot des Baus von Minaretten zu.

Kapitel VI

Schule und Religion

Die Schule ist der bestgeeignete Ort, das Zusammenleben zu erlernen und zu üben. Sie ist aber ebenso der Ort, an dem Widerstände und schlecht verwaltete Konflikte zu sozialen Konfrontationen führen können. Im Zusammenhang mit Religion und der Schule haben wir vier Themen, die wir hier angehen wollen: Den Religionsunterricht, die religiösen Kennzeichen, die gemischte Gesellschaft und die Kursinhalte.

1) Der Religionsunterricht

Schweizerische Normen

Die Schweiz hat so viele Schulsysteme wie Kantone. Wir beschränken uns hier auf den allgemeinen Rahmen, der durch die Bundesverfassung und das ZGB festgelegt ist.

Artikel 15 Abs. 3 und 4 der Bundesverfassung von 1999 sagen, wie weiter oben schon aufgeführt wurde:

3) Jede Person hat das Recht, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören und religiösem Unterricht zu folgen.

4) Niemand darf gezwungen werden, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen.

Art. 62 Abs. 2 BV fügt dem noch bei: "Die Kantone sorgen für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht".

Artikel 303 des ZGB legt fest:

1) Über die religiöse Erziehung verfügen die Eltern.

2) Ein Vertrag, der diese Befugnis beschränkt, ist ungültig.

3) Hat ein Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt, so entscheidet es selbstständig über sein religiöses Bekenntnis.

Der konfessionsneutrale Charakter der öffentlichen Schule beschränkt sich nicht nur auf den Religionsunterricht, der nicht proselytischen Charakters sein darf, sondern erstreckt sich auch auf die Organisation der Schule und die Einstellung der Lehrer, wie wir es bei den Unterscheidungsmerkmalen in der Schule sehen werden. Die genannten schweizerischen Bundesnormen können aus den folgenden drei Grundsätzen abgeleitet werden:

- a) Die Verfassung garantiert die Freiheit, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder nicht beizutreten, religiösen Lehren zu folgen oder nicht zu folgen.
- b) Vater und Mutter verfügen über die religiöse Erziehung des Kindes bis zum Alter von 16 Jahren. Ab diesem Alter kann das Kind selbstständig über seine eigene Konfession bestimmen.
- c) Die Verfassung verbietet obligatorischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, die in Einhaltung der Konfessionsneutralität organisiert werden müssen.

Muslimische Normen

In den islamischen Ländern nimmt der Religionsunterricht einen wichtigen Platz ein. Eltern können ihre Kinder nicht von ihm befreien oder die Religion ihrer Kinder frei wählen. Wenn ein Elternteil Muslim ist, werden die Kinder verpflichtend auch als Muslime betrachtet und entsprechend dieser Religion erzogen, selbst wenn die Eltern dem Islam abgeschworen haben.

Auch wenn sie unter einem Dach studieren, interessieren sich die Schüler nicht für die Religionen ihrer Kameradinnen und Kameraden. Ökumenische Treffen gibt es nicht. Die Bibliotheken der staatlichen Schulen enthalten keine christlichen oder jüdischen Bücher religiösen Charakters. Diese Verslossenheit der Regierungen vor der Religion der Nicht-Muslime steht im Kontrast zu ihren Bestrebungen, islamischen Lehrinhalt in arabischen Lehrbüchern ebenso für Christen wie für Muslime einfließen zu lassen. Diese Einseitigkeit geht auf Überlieferungen von Muhammad zurück, der es seinen Gefährten verbot, die religiösen Bücher Anderer zu lesen. Mehrere Fatwas gehen in diese Richtung und akzeptieren das allein für die, welche den Anhängern jener Religionen Antwort geben sollen.

Jede Gesellschaft führt ihre eigene Debatte über den Religionsunterricht in den Schulen, um religiöse Konfrontationen zu vermeiden und den sozialen Frieden zu gewährleisten. In der Schweiz schwillt diese Debatte aufgrund des wachsenden kosmopolitischen Charakters der Gesellschaft und der Verbreitung von Sekten an.

In einem Dialog mit Tariq Ramadan glaubt Jacques Neiryneck, dass mit religiösem Pluralismus vielleicht besser umgegangen werden könnte, "wenn diesem Pluralismus in den Schulen Rechnung getragen würde. Einerseits mit Lektionen, während derer die Kinder sich trennen, um dem Unterricht ihrer jeweiligen Religion zu folgen, andererseits lässt man sie zu bestimmten Zeiten sich begegnen, damit jedes auch den Glauben der anderen kennenlernen kann." Die Antwort von Tariq Ramadan auf diesen Vorschlag:

Über den Inhalt dieser Bildung braucht es eine Grundsatzdebatte. Die Meinungen gehen auseinander und die Sensibilitäten bei diesen Fragen

sind äußerst ausgeprägt. Da muss man vorsichtig bleiben und die Etappen respektieren und dies in einer Debatte, bei der die Ziele klar sind.

Tariq Ramadan macht hier nichts anderes, als die von den Muslimen geäußerte Weigerung aussprechen, von den Religionen anderer lernen zu wollen, und zwar aus Furcht vor Missionierung, währenddessen die Kurse, welche den Christen in islamischen Ländern auferlegt werden, mit islamischen Elementen vollgespickt sind.

Das Problem mit dem Islam ist, dass er gewalttätige und diskriminierende Lehren gegen die Frauen und die Nicht-Muslime enthält. Aufgeschreckt hat die Schweiz die Geschichte von Majid mitverfolgt, der ab dem Alter von drei Jahren täglich zwei Stunden lang von seiner Mutter, einer Frau mit politischem Flüchtlingsstatus, den Koran lernen musste und schlussendlich in den Rängen terroristischer Gruppierungen landete. Die Familie lebte von der Sozialhilfe, welche sie als "von Muslimen gestohlenen Geld" betrachtete, Argumente, wie man sie oft von Muslimen hört, die von der Unterstützung des Westens leben.

2) Äußere religiöse Unterscheidungsmerkmale

Schweizerische Normen

In der Schweiz hat jeder das Recht, seine religiösen Kennzeichen sichtbar zu tragen um seine Andersartigkeit hervorzuheben und sich nach Belieben zu kleiden, sofern dies Sitte und Anstand in der Öffentlichkeit nicht verletzt, was man flexibel auslegen kann. Dies hat die Schweizer Behörden nicht daran gehindert, bei bestimmten Streitigkeiten zu entscheiden. Vor allem sucht man zu verhindern, dass religiöse Kennzeichen die Neutralität der Bildung untergraben, besonders in den Grundschulen. Einer muslimischen Lehrerin an einer öffentlichen Schule im Kanton Genf wurde das Tragen des Kopftuchs verboten. In diesem Fall handelt es sich um eine Schweizerin, die mit einem algerischen Staatsbürger verheiratet und zum Islam übergetreten ist. Am 23. August 1996 untersagte die Generaldirektion für Grundschulbildung der Lehrerin, bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeiten ein Kopftuch zu tragen. Gegen diesen Entscheid legte die Lehrerin am 26. August 1996 beim Genfer Regierungsrat Berufung ein. Dieser lehnte die Beschwerde mit Beschluss vom 16. Oktober 1996 ab, was erst vom Bundesgericht und dann ebenso im Entscheid vom 15. Februar 2001 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bestätigt wurde. Es ist auch eine Frage der Sicherheit. Jemand könnte sich verkleiden, um Straftaten zu begehen. Hierbei sei noch der algerische Millionär erwähnt, der sich freiwillig engagiert, Geldbußen zu übernehmen, die gegen Frauen verhängt wurden, die in Frankreich, Belgien und der Schweiz den Niqab tragen, und dass diese Länder nicht gegen ihn vorgehen. Dies stellt einen Anreiz dar, gegen die Gesetze zu verstoßen.

Muslimische Normen

Die islamischen Bekleidungsnormen folgen zwei religiösen Gesichtspunkten: dem Verbot, den Ungläubigen zu ähneln, und den vorschriftsgemäßen Einschränkungen aus Gründen der Prudheit.

Das Verbot, den Ungläubigen zu ähneln, basiert auf einer Überlieferung Muhammads, in welcher es heißt: "Wer einer Gruppe ähnlich sieht ist Teil davon". Dazu werden auch folgende zwei Koranverse zitiert:

Dies ist mein Weg. (Er ist) gerade. Folgt ihm! Und folgt nicht den (verschiedenen anderen) Wegen, daß sie sich (nicht) mit euch teilen (und euch) von seinem Wege (wegführen)! (H-55/6:153).

Und seid nicht wie diejenigen, die Allah vergessen haben, worauf er sie sich selber vergessen (und vernachlässigen) ließ! Sie sind die (wahren) Frevler (H-101/59:19).

Bezüglich Pruderie haben klassische Gesetzgeber aus dem Koran und den Erzählungen Muhammads die Feststellung abgeleitet, dass bestimmte Teile des menschlichen Körpers *arah* (wörtlich: einäugig, fehlerhaft, ekelhaft) oder *sawah* (wörtlich: einäugig, hässlich) sind. Sie freizulegen oder zu beobachten ist verboten. Mit diesem Verbot sollen der Versuchung oder den Ausschweifungen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Da die Frauen als Objekt äußerster Versuchung wahrgenommen werden, sieht das islamische Recht strengere Normen für sie vor. Wir können uns hier fragen, warum man Frauen und nicht Männer verhüllen soll, wo doch beide eine Versuchung erzeugen können. Die Anwendung dieser Norm unterscheidet sich von Land zu Land und reicht vom Tragen eines einfachen Kopftuches bis hin zum Vollschleier und zur Burka. Manche muslimischen Frauen bleiben auch ohne Schleier (siehe unsere Studie *Le voile dans l'islam* <https://goo.gl/wKuTnW>).

3) Gemischte Gesellschaft

Schweizerische Normen

In der Schweiz wird die Durchmischung vom Kindergarten bis zur Universität, im öffentlichen Verkehr, im Sport und bei Schulausflügen gelebt. Es gibt keine Unberührbaren basierend auf Religionszugehörigkeiten oder dem Geschlecht. Es ist üblich, dass Frauen und Männer sich die Hand geben um sich zu begrüßen und sich manchmal umarmen, küssen, auch wenn kulturelle Unterschiede zwischen Stadtbewohnern und Bauern usw. spürbar sind.

Artikel 68 der Bundesverfassung besagt in Absatz 1: Der Bund fördert den Sport, insbesondere die Ausbildung“ und in Absatz 3: "Er kann Vorschriften über den Jugendsport erlassen und den Sportunterricht an Schulen für obligatorisch erklären".

Muslimische Normen

Das muslimische Gesetz hat Normen aufgestellt, die die Geschlechter-Durchmischung verbieten. Dieses Verbot erstreckt sich auf Schulen und manchmal auch auf Universitäten von Ländern wie Saudi-Arabien. Wenn die ägyptische staatliche Universität, anders als die Universität der Al-Azhar, die Durchmischung zulässt, wird diese Praxis von muslimischen Kreisen kritisiert und es kommt vor, dass Fundamentalisten die Trennung von Studentinnen und Studenten in den Klassenzimmern durchsetzen.

Das Verbot der gemischten Gesellschaft beeinflusst die sportlichen Aktivitäten, insbesondere das Schwimmen, da Frauen und Männer Körperstellen freilegen, die vom anderen Geschlecht nicht gesehen werden dürfen. Wir weisen darauf hin, dass der Iran Sportwettkämpfe veranstaltet, die ausschließlich Frauen vorbehalten sind. Diese Regeln werden nicht überall beachtet, vor allem an den Stränden, was den Zorn islamistischer Kreise zu erregen vermag.

Die Presse berichtete von mehreren Vorfällen im Westen, einschließlich der Schweiz, wo muslimische Eltern es ihren Töchtern verweigerten, an gemischten Schulreisen teilzunehmen, und nur obligatorischen Schulaktivitäten zustimmten. Es gab mehrere Vorkommnisse rund um Schwimmbäder. Muslimische Gruppen forderten z.B. separate Pools. Die Stadtverwaltung von Lausanne verweigerte einem Paar das kommunale Bürgerrecht und somit de facto die Einbürgerung, vor allem weil es sich weigerte, dem Gegenüber anderen Geschlechts die Hand zu geben und dessen Fragen zu beantworten. Für die Mehrheit des Kollegiums verletzt diese Haltung "ein grundlegendes Prinzip unserer Verfassung und eine Säule unserer Gesellschaft, nämlich die Gleichstellung von Frau und Mann".

4) Die Bildungsinhalte

Schweizerische Normen

Die Schweizerische Verfassung bekräftigt den Grundsatz der religiösen Neutralität im Schulunterricht. Der Unterricht darf nicht als Ort der Missionierung oder der Einhaltung religiöser Anschauungen benutzt werden.

Muslimische Normen

Wo die Muslime zum Fortschritt der Wissenschaft und der Philosophie beigetragen haben, kam, wie übrigens auch im Westen, immer ein Konflikt zwischen dem religiösen Milieu und den Wissenschaftlern auf. Begnügen wir uns hier damit, an den Fall Galileo Galilei (gest. 1642) zu erinnern, dem die Kirche 1633 verbot, die Theorie der Rotation der Erde um die Sonne zu lehren. Das gleiche Problem hat sich bei den Muslimen noch in der heutigen Zeit

gestellt: Ibn-Baz (gest.1999) hat als höchste saudi-arabische religiöse Autorität wiederholt, dass die Theorie der Erdrotation um die Sonne dem Koran widerspricht. Wer sich zu ihr bekenne verdiene daher, wegen Abfall vom Glauben getötet zu werden.

Andere Themen stoßen sowohl bei Christen wie bei den Muslimen auf Widerstand. Dies ist speziell der Fall bei Darwins Evolutionstheorie, die christliche und muslimische Fundamentalisten von der Schule verbannt sehen möchten. Islamistische Kreise sind bestrebt, die Schriften muslimischer Philosophen wie Averroes (Ibn Rushd) der Vergessenheit anheim zu geben. Dass es Muslimen verboten ist, Bücher anderer Religionen zu lesen, haben wir bereits erwähnt.

Das Problem der Kursinhalte hat sich bisher noch nicht explizit gestellt. Es gibt jedoch eine Polemik um ein Buch von Tariq Ramadan, in welchem dieser schreibt:

Biologieunterricht kann Lehren enthalten, die nicht den Prinzipien des Islam entsprechen. Gleiches gilt für Kurse in Geschichte oder Philosophie. Es geht hier nicht darum, davon dispensiert zu werden. Es wäre vielmehr angebracht, jungen Menschen parallel dazu Kurse anzubieten, die es ihnen ermöglichen zu erfahren, welche Antworten der Islam auf die in diesen Kursen behandelten Themen gibt. Solches wäre ein echter Faktor der Bereicherung.

In Frankreich hält der *Haut conseil à l'intégration* den Inhalt des Lehrstoffs für eine nicht verhandelbare Angelegenheit und es wäre "nicht annehmbar, wenn Schüler oder Eltern im Namen einer religiösen Überzeugung diesen oder jenen Teil der Programme in den Bereichen Biologie, Literatur, Philosophie oder sogar Zeichnen oder den Sportunterricht allgemein" zurückweisen würden.

Kapitel VII

Essensvorschriften und rituelle Schlachtungen

1) Die Tierrechte

Schweizerische Normen

Artikel 80 der Bundesverfassung ist dem Tier gewidmet:

- 1) Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz der Tiere.
- 2) Er regelt insbesondere:
 - a. die Tierhaltung und die Tierpflege;
 - b. die Tierversuche und die Eingriffe am lebenden Tier;
 - c. die Verwendung von Tieren;
 - d. die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen;
 - e. den Tierhandel und die Tiertransporte;
 - f. das Töten von Tieren.
- 3) Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält.

Das Bundesgesetz über den Schutz der Tiere von 2005 (Tierschutzgesetz) gehört zu den striktesten Gesetzen und "Zweck dieses Gesetzes ist es, die Würde und das Wohlergehen des Tieres zu schützen" (Art. 1 TSchG). Es hält fest, "Niemand darf ungerechtfertigt einem Tier Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen, es in Angst versetzen oder in anderer Weise seine Würde missachten. Das Misshandeln, Vernachlässigen oder unnötige Überanstrengen von Tieren ist verboten" (Art. 4 Abs. 2 TSchG). Normen, die sich auf die Schlachtung von Tieren beziehen, sind darauf ausgerichtet, die Einhaltung dieser Grundsätze sicherzustellen. Wir kommen noch darauf zurück.

Im Gegensatz zum jüdischen und islamischen Recht kennt das schweizerische Recht die Vorstellung von reinen und unreinen Tieren nicht. Auch den Begriff der heiligen Kuh, wie im Hinduismus, kennt es nicht und das Schlachten von Tieren ist nicht verboten, wie im Jainismus.

Muslimische Normen

Vielen Leuten ist die oft in islamischen Ländern angetroffene Tierquälerei ein Schock. Welchen Einfluss haben hierzu die muslimischen Normen?

Der Koran enthält mehrere Verse über Tiere, und fünf Kapitel tragen Namen von Tieren: *Die Kuh*, *Der Elefant*, *Die Ameise*, *Die Spinne* und *Die Bienen*.

Er sagt, dass sie wie die Menschen eine Nation bilden (M-55/6:38) und sich vor Gott niederwerfen (M-70/16:49) und dass Gott jedem Tier Nahrung gibt (M-52/11:6 und M-85/29:60). Dem Esel und dem Hund gibt er jedoch ein negatives Image:

Diejenigen, denen die Thora aufgeladen worden ist, und die sie daraufhin nicht tragen konnten, sind einem Esel zu vergleichen, der Bücher (asfaar) trägt. Wie schlimm steht es mit den Leuten, die die Zeichen Allahs für Lüge erklären! Allah leitet das Volk der Frevler nicht recht (H-110/62:5). Schreite gelassen einher und dämpfe deine Stimme! Die gräßlichste Stimme haben doch die Esel (M-57/31:19).

Wenn wir gewollt hätten, hätten wir ihn durch sie emporgehoben. Aber er war der Erde zugewandt und folgte seinen (persönlichen) Neigungen. Er ist einem Hund zu vergleichen. Treibst du ihn fort, so hängt er die Zunge heraus, läßt du aber von ihm ab, so hängt er auch die Zunge heraus. So ist es bei den Leuten, die unsere Zeichen für Lüge erklären. (Aber) berichte nun, was es zu berichten gibt! Vielleicht werden sie nachdenken. Wie schlimm steht es mit den Leuten, die unsere Zeichen für Lüge erklären und (damit) gegen sich selber freveln! (M-39/7:176-177)

Dieses negative Bild des Hundes und des Esels wird im aktuellen Sprachgebrauch tradiert. Ihr Name wird als Beleidigung benutzt und er taucht in mehreren abwertenden Vergleichen in Form von Redensarten auf. Muhammad soll diesbezüglich gesagt haben: "Steckt die Perlen nicht in den Mund eines Hundes", was an Jesu Wort erinnert: "eure Perlen sollt ihr nicht vor die Säue werfen" (Matthäus 7,6). Er soll auch gesagt haben: "Drei Dinge unterbrechen das Gebet: die Frau, der Esel und der Hund". Mehrere Berichte über Muhammad fordern die Tötung gewisser Hunde und sagen, die Engel würden keine Häuser betreten, in denen sich Hunde befinden. Ebenso soll er gesagt haben: "Wer sich einen Hund hält, außer einen Hüte- oder Jagdhund, dessen gute Taten werden täglich um einen *Qirat* verringert." Überlieferungen weisen an, auch Schlangen, Krähen, Ratten und Eidechsen zu töten.

Diese Berichte erklären zumindest teilweise die Feindseligkeit einiger Muslime gegenüber Tieren, insbesondere Hunden, und sind Ursache für Konflikte zwischen bikulturellen Ehepaaren. Das geht aber noch weiter. Muslimische Fahrer von Taxis und öffentlichen Bussen lehnen in einigen westlichen Städten Passagiere mit Hunden ab. In Spanien haben Muslime auch schon Hunde vergiftet. Trotzdem gibt es Muslime, die Hunde besitzen und dem islamischen Verbot nicht Rechnung tragen.

Einige Tiere sind als essbar deklariert, andere sind es wegen Unreinheit und aus anderen Gründen nicht. Wir besprechen das im nächsten Punkt.

2) Speiseverbote

Schweizerische Normen

Die Mehrheit der Schweizer isst Fleisch und trinkt Alkohol. Es gibt auch Vegetarier und Veganer sowie Menschen, welche keinen Wein trinken, ohne Muslime zu sein. Die schweizerischen Normen verbieten weder das eine noch das andere. Normen, die den Verzehr einer bestimmten Kategorie von Tieren verbieten, gibt es nicht. Im Jahr 2014 wurde eine Petition gegen das Fleisch von Hunden und von Katzen gestartet, deren Konsum privat zwar zugelassen, gewerblich jedoch verboten ist. Auf der anderen Seite sind alle Tiere geschützt, die nicht zu einer jagdbaren Art gehören.

Die Schweiz ist von christlichen Ernährungsstandards beeinflusst, welche die vom Alten Testament aufgestellten restriktiven Normen, die vom Koran übernommen worden sind, aufgehoben haben. Wir finden eine Skizze dieser Abschaffung bei Jesus, der erklärte: "Es ist nichts außerhalb des Menschen, das, wenn es in ihn hineingeht, ihn verunreinigen kann; sondern was aus dem Menschen herauskommt, das ist es, was den Menschen verunreinigt". Und Markus kommentiert: "Denn es gelangt ja nicht in sein Herz, sondern in den Magen und wird wieder ausgeschieden" (Markus 7,15 und 19-22). Paulus schreibt in seinem ersten Brief an die Korinther: "Alles, was auf dem Fleischmarkt feil ist, das esset, ohne um des Gewissens willen nachzuforschen" (1.Kor 10,25). In seinem Brief an die Römer schreibt er, dass "nichts an sich selbst unrein ist; sondern nur für den, der etwas für unrein hält, ist es unrein (...). Denn das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit, Friede und Freude im heiligen Geist" (Röm 14,14 und 17).

Muslimische Normen

Muslimische Normen spiegeln zum Teil die jüdischen Normen wider, die wir hier zusammenfassen. Nur Säugetiere von Wiederkäuern mit gespaltenen Klauen und ihre Milch (Deuteronomium 14,6) und Wassertiere mit Flossen und Schuppen (Levitikus 11,9-12) gelten als rein. Die Vögel sind rein mit Ausnahme von 24 Arten, die als unrein gelten (Lev 11,13-19 und Dtn 14,12-18). Andere Arten wie Nagetiere, Reptilien, Amphibien, Insekten und wirbellose Tiere sind mit Ausnahme von vier Arten von Heuschrecken unrein (Lev 11,22). Wein und Weinspirituosen wie Cognac sind reine Produkte und können konsumiert werden, wenn sie unter der Kontrolle eines Rabbiners hergestellt und nicht von einem Nichtjuden manipuliert worden sind. Tiere und Weine, die den Trankopfern der Götzenanbetung gewidmet sind, Blut (Dtn 12,23) sowie Säugetiere und Vögel, die aus natürlichen Gründen gestorben oder auf nicht-rituelle Weise geschlachtet wurden, sind verboten.

Es ist verboten, Fleisch (und seine Derivate) sowie Milch (und seine Derivate) zu mischen.

Muslime machen zwischen wiederkäuenden Säugetieren mit gespaltenen Klauen und den anderen keinen Unterschied. Wie die Juden verbieten sie Schwein (M-55/6:145, M-70/16:115, H-87/2:173, H-112/5:3) und Pferdeartige – Pferd, Maultier und Esel (M-70/16:8) und erlauben Schafe, Rinder und Kamele – letztere sind für Juden verboten, da sie keine gespaltenen Hufe haben (M-41/36:71-73; M-55/6:143, M-70/16:5). Nach der vorherrschenden Meinung ist das Fleisch eines jeden Tieres mit Eckzähnen, mit denen es andere Tiere reißt, wie Löwe, Tiger oder Wolf, verboten. Die Ratte ist verboten, während der Igel und das Stachelschwein nach der vorherrschenden Meinung erlaubt sind. Das Kaninchen, das für die Juden und Schiiten verboten ist, ist für Sunniten zulässig. Die herrschende Meinung verbietet es, Raubvögel mit Krallen und Fledermäuse zu essen. Der Koran erlaubt es, Wassertiere zu essen (M-43/35:12, M-70/16:14, H-112/5:96). Die vorherrschende Meinung unter den Schiiten folgt der biblischen Klassifizierung und lässt nur Wassertiere mit Schuppen zu, in der Annahme, dass jeder Schuppenfisch Flossen hat. Wenn das Wassertier kein Fisch ist oder nicht wie ein Fisch aussieht, erachten es die Hanafiten als verboten und die anderen als zulässig, sofern es nicht ausdrücklich erwähnt ist (wie der Frosch) und aufgrund seiner giftigen Natur (wie der Aal), seiner Aggressivität (wie das Krokodil) oder seines Schmutzes (wie die Meeresschildkröte) verboten ist. Und wenn ein Tier teils im Wasser und teils auf der Erde lebt, muss es geschächtet werden, damit es zulässig wird. Einige Juristen verbieten es, ein Wassertier zu essen, das wie ein verbotenes Landtier aussieht. Dies ist der Fall bei Delfinen ("Seeschwein" genannt), Haien ("Seehund") und Aalen ("Seeschlange"). Obwohl die Jagd erlaubt ist, verbietet der Koran die Jagd auf Wild während der Pilgerzeit: "Ihr Gläubigen! Tötet kein Wild, während ihr euch (bei der Wallfahrt) im Weihezustand befindet! " (H-112/5:2 und 94-95).

Es ist verboten, das Fleisch eines toten Tieres und von etwas, was jemand anderem als Allah geweiht wurde, zu essen (M-55/6:145, M-70/16:115; H-87/2:173, H-112/5:3). Vers H-112/5:3 präzisiert: "das Erdrosselte; das zu Tode Geschlagene; das zu Tode Gestürzte oder Gestoßene und das, was reißende Tiere angefressen haben, außer dem, was ihr geschlachtet habt; und das, was auf einem Altar geschlachtet worden ist. Verboten ist euch (der Genuß von) Fleisch von verendeten Tieren, Blut, Schweinefleisch und (von) Fleisch, worüber (beim Schlachten) ein anderes Wesen als Allah angerufen worden ist, und was erstickt, (zu Tod) geschlagen, (zu Tod) gestürzt oder (von einem anderen Tier zu Tod) gestoßen ist, und was ein wildes Tier angefressen hat - es sei denn, ihr schächtet es (indem ihr es nachträglich ausbluten laßt) -, und was auf einem (heidnischen) Opferstein geschlachtet

worden ist, und (ferner ist euch verboten) mit Pfeilen zu lösen." Muhammad befahl, einige Tiere wie die Schlange, den Raben, die Ratte, den angreifenden Hund und den Gecko zu töten, und andere verbot er zu töten, wie den Frosch, die Ameise, die Biene, den Wiedehopf, den Würger, das Rebhuhn und die Fledermaus. Beide Kategorien können nicht gegessen werden. Einige Juristen sagen jedoch, dass, was getötet werden kann, essbar sein sollte. Der Koran verbietet auch, sich mit Blut zu nähren (M-55/6:145, M-70/16:115, H-87/2:173, H-112/5:3).

Zulässig sind die Getränke und die Milch von Tieren, welche als rein gelten. Eine Ausnahme bilden der Wein und die alkoholischen Derivate davon (H-87/2:219; H-92/4:43; H-112/5:9). Das Alkoholverbot erstreckt sich auch auf Drogen, wo diese die gleiche oder gar eine gefährlichere Wirkung haben als der Alkohol.

Aus dem Vorangegangenen ist ersichtlich, dass Juden und Muslime gemeinsame Essensvorschriften, wie das Schweinefleischverbot, haben und solche, die voneinander abweichen, wie beim Alkohol. Aber beide verlangen ein rituelles Schlachten, das wir im nächsten Punkt besprechen.

Was die Nahrungsmittelverbote betrifft, werden im Islam zwei davon besonders hochgehalten: Schweinefleisch und Wein.

Gewiss kann ein Muslim nicht genötigt werden, Wein zu trinken und Schweinefleisch zu konsumieren, aber dieses Verbot wirkt sich manchmal bis auf den Arbeitsplatz, auf Schulkantinen und auf Restaurants aus. Es gibt muslimische Angestellte in Geschäften oder Restaurants, die sich weigern, in Abteilungen zu arbeiten, in denen diese beiden Produkte verkauft werden, oder diese zu servieren. Einige weigern sich, an einen Tisch zu sitzen, an welchem Wein und Schweinefleisch serviert wird.

3) Rituelles Schlachten

Schweizerische Normen

Am 20. August 1893 wurde in der Schweiz der Verfassungsartikel 25*bis* angenommen, welcher sagt: "Das Schlachten der Tiere ohne vorherige Betäubung vor dem Blutentzuge ist bei jeder Schlachtart und Viehgattung ausnahmslos untersagt."

Das Schlachtverbot ohne vorherige Betäubung wurde mit Ausnahme des Geflügels vom Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 aufrechterhalten und von der am 27. Mai 1981 geänderten Verordnung bestätigt. Diese Verordnung wurde am 14. Mai 1997 modifiziert.

Die Bundesbehörden und die in der Schweiz herrschende Lehre haben allgemein die Idee gestützt, dass das Verbot des Schlachtens ohne vorangehende Betäubung eine Verletzung der Religionsfreiheit der Juden und Muslime sei,

deren Normen ihrer Meinung nach forderten, das Tier vor dem Schächten nicht zu betäuben. Einige sehen darin einen Ausdruck von Antisemitismus.

Der Bundesrat hat das Verbot der Schächtung von Tieren ohne vorherige Betäubung im am 21. September 2001 zur Konsultation vorgelegten Entwurf eines Tierschutzgesetzes erneut in Frage gestellt. Dies löste starken Widerstand aus und zwang den Bundesrat, seinen Entwurf zu ändern und das Schächtverbot vor der Betäubung aufrechtzuerhalten. Der Artikel 21 des Bundesgesetzes zum Schutz von Tieren, das am 16. Dezember 2005 vom Parlament verabschiedet wurde und am 1. September 2008 in Kraft trat, lautet nun:

1) Säugetiere dürfen nur geschlachtet werden, wenn sie vor Beginn des Blutentzugs betäubt worden sind.

2) Der Bundesrat kann das Schlachten anderer Tiere der Betäubungspflicht unterstellen.

Das Schweizerische Institut für vergleichendes Recht wurde um eine Stellungnahme gebeten und kam in seinen beiden Antworten 01-150 und 01-162 (18. bzw. 19. Dezember 2001) zu folgendem Schluss:

Die Schweiz steht mit der Forderung nach der Betäubung von Tieren vor der Schlachtung nicht im Widerspruch zu den jüdischen oder muslimischen religiösen Normen, wenn die Betäubung nicht zum Tod des Tieres (für Juden und Muslime) führt und es nicht verletzt (für die Juden).

Diese beiden Meinungen, als deren Verfasser ich verantwortlich zeichne, haben zweifellos zur Abänderung des Bundesentwurfs beigetragen und dazu, das Postulat, auf dem er beruht, für ungültig zu erklären. Die vom Institut vorgebrachten Argumente schauen wir im nächsten Punkt an.

Jüdische und muslimische Normen

Das jüdische Gesetz hat zwei Quellen: Das Alte Testament und den Talmud. Das islamische Gesetz hat ebenfalls zwei Quellen: Den Koran und die Sunna von Muhammad. Diese Quellen enthalten keine verbindlichen Regeln, welche das Schlachten ohne Betäubung vorschreiben oder den Verzehr von Fleisch von Tieren, die vor der Schächtung betäubt wurden, verbieten. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass die Betäubung ein später aufgekommenes Verfahren ist, das mit der Entwicklung der Moral zusammenhängt, insbesondere hinsichtlich des Respekts gegenüber dem Tier und der Sorge, kein unnötiges Leiden zu verursachen. Die jüdischen und muslimischen religiösen Autoritäten diskutieren jedoch die Betäubung ausgehend von drei indirekten Normen: Dem Verbot des Blutkonsums, dem Verbot, Fleisch von einem toten oder gerissenen Tier zu essen und dem Respekt für das Tier. Schauen wir uns diese Standards an:

Das Alte Testament verbietet den Blutkonsum (Genesis 9,4; Levitikus 17,12-14 und Deuteronomium 12,23-24). Dieses Verbot ist auch im Neuen Testament (Apostelgeschichte 15,20 und 29) und im Koran (M-55/6:145; M-70/16:115; H-87/2:173; H-112/5:3) enthalten. Gemäß diesem Verbot muss das Tier, mit Ausnahme vom Fisch, nach der Schlachtung vom Blut entleert werden.

Das Verbot des Blutkonsums ist eines jener Argumente, die die Bundesbehörden im Vorentwurf verwendet haben, um die Aufhebung des Schlachtverbots ohne Betäubung zu rechtfertigen. Wenn die Betäubung des Tieres tatsächlich den Blutfluss verhindert, können wir die Betäubung als Verstoß gegen jüdische und muslimische religiöse Normen betrachten. Dies erweist sich jedoch nicht als zutreffend. Dr. Samuel Debrot argumentiert sogar im gegenteiligen Sinn.

Die Bibel verbietet das Essen von totem Tierfleisch, das von einem wilden Tier gerissen oder beschädigt wurde (Exodus 22,30; Dtn 14,21; Lev 17,15-16; Lev 22,8; Hesekiel 4:14). Für Juden muss das Tier leben, wenn es geschächtet wird. Außerdem darf es nicht verletzt werden. Jüdische Kreise, die sich der Betäubung widersetzen, leiten ihre Argumente von diesen beiden Anforderungen ab.

Das ebenso im Neuen Testament (Apg 15,20 und 29) enthaltene Verbot, Fleisch eines toten Tieres zu essen, findet sich auch in den oben genannten Versen im Koran. Muslimische Juristen glauben, dass das Tier, solange es ein Lebenszeichen gibt, geschächtet werden kann und sein Fleisch als zulässig zu betrachten sei; durchs Schächten wird es gereinigt. Bei der Jagd getötetes Wild ist zulässig, auch wenn es nicht geschächtet wurde, es sei denn, die Gelegenheit zum Schächten war gegeben, ist aber nicht ergriffen worden (H-112/5:4). Mehrere muslimische Fatwas bestätigen, dass die Betäubung des Tieres nicht notwendigerweise zum Tod des Tieres führe. Ein muslimischer Autor zitiert dazu sogar den Koran: "Und Moses fiel (wie) vom Blitzschlag getroffen (bewußtlos) zu Boden" (M-39/7:143): Obwohl vom Blitz getroffen, starb Moses nicht. Wenn also die Betäubung des Tieres nicht zum Tode führt, bevor es geschächtet wird, ist sie aus islamischer Sicht rechtmäßig. Muslimische Quellen verweisen auf Neuseelands Erfahrung mit der Verwendung von Elektronarkose. Das durch einen Stromschlag getroffene Tier empfindet keinen Schmerz oder Stress, bevor es geschächtet wird, und wenn man es nicht schächtet, erholt es sich wieder vollständig.

Was den Respekt des Tieres betrifft, setzt der Verzehr von Fleisch die Tötung des Tieres, von dem es stammt, voraus. Wenn jede Tötung grausam ist, kann diese Grausamkeit verschiedene Grade haben, und dann ist es angebracht, diese Grausamkeit auf ein Minimum zu reduzieren und das Tier nicht unnötig

leiden zu lassen. Und Juden und Muslime sind sich darin einig, dass das Tier keinem unnötigen Leiden ausgesetzt sein darf.

Die jüdischen religiösen Autoritäten, die gegen die Betäubung des Tieres sind, glauben, dass die jüdische Methode, Tiere zu schlachten, besser dazu geeignet ist, das Leiden des Tieres zu vermindern und dass die Betäubung unnötiges zusätzliches Leiden verursache. Dieser jüdische Standpunkt wird jedoch von den verschiedenen Tierschutzgesellschaften, der Vereinigung Schweizer Tierärzte, der schweizerischen Vereinigung der Metzger, dem Bundesrat, dem Bundesamt für Veterinärwesen und der Bundesregierung, den Gesetzgebern in westlichen Ländern, welche die Betäubung von Tieren vor der Blutung auferlegen, um das Leiden des Tieres zu vermindern, nicht geteilt. Die muslimischen religiösen Autoritäten, die der Betäubung zustimmen, geben zu, dass diese das Leiden des Tieres reduziert und somit Muhammads Anweisung entspricht: "Gott hat in allen Dingen Güte vorgeschrieben. Tötet, wenn ihr tötet, mit Güte, und wenn ihr ein Tier schächtet, dann tut es mit Güte." Dies ist der Grund, warum diese Behörden der Betäubung des Tieres nicht widersprechen, solange dies nicht zum Tod des Tieres vor der Schächtung führt.

Hier drängt sich noch ein Hinweis auf. Die Rechtsprofessoren und der Bundesrat machen die Achtung der Religionsfreiheit der jüdischen und muslimischen Minderheiten für die Aufhebung des Betäubungsverbots geltend, obwohl keine verbindlichen religiösen Regeln gegen eine solche Betäubung sprechen. Es gibt aber noch einen anderen Aspekt. Den man ebenso beachten muss: derjenige der Überzeugungsfreiheit der Gegner des betäubungslosen Schächtens. Man muss wissen, dass die Juden mehr Tiere schlachten, als sie Fleisch verzehren und dies aus zwei Gründen: Erstens können die geschächten Tiere nach der Schlachtung auch als nicht-koscher deklariert werden. Andererseits essen die Juden den unteren Teil nicht, wegen dem Verbot, den Ischiasnerv zu konsumieren (Genesis 32,33), dessen gänzliche Entfernung schwierig auszuführen und auch kostspielig ist. Das Fleisch von ohne Betäubung geschlachteten Tieren, welches als für Juden ungenießbar eingestuft wird, wird in der Regel ohne entsprechenden Hinweis auf den Markt gebracht. Wenn die Rechtsprofessoren und der Bundesrat die Sorge haben, die religiösen Überzeugungen der jüdischen oder islamischen Minderheiten zu respektieren (obwohl es keine verbindlichen religiösen Regeln gibt), ist es ebenso wichtig, die Überzeugungen derjenigen zu respektieren, die sich weigern, ohne Betäubung zu schlachten und auf der Verpackung die Angaben verlangen, auf welche Weise das Tier geschlachtet wurde.

Als Fazit lässt sich sagen, dass die Betäubung von Tieren vor dem Schächten keiner jüdischen oder muslimischen Norm zuwider läuft. Hinter dem Kampf

der Juden, Muslime und des Bundesrates um die Zulassung der rituellen Schlachtung verbirgt sich in Wirklichkeit ein wirtschaftlicher Zweck. Juden und Muslime wollen koscheres Fleisch und Halal-Fleisch zu einer Marke machen, um Kunden zu binden und Geld damit verdienen. Ein Autor berichtet, dass die *Association consistoriale israélite de Paris* über ein Jahresbudget in der Größenordnung von 150 Millionen Euro verfügt. Etwa die Hälfte davon stammt vom so genannten *droit de couteau*. Man vermehrt die Regelungen, um damit die Steuerungshebel und die Taxen zu vermehren. Was den Bundesrat betrifft, versuchte dieser mit der Aufhebung des Schächtverbots Schweizer Fleisch in muslimische Länder zu exportieren, statt Fleisch aus dem benachbarten Frankreich zu importieren, um den jüdischen und muslimischen Bedarf zu decken. Und der Standpunkt von Professoren gegen das Verbot der rituellen Schlachtung beruht auf ihrer mangelnden Kenntnis sowohl der jüdischen wie auch der muslimischen Normen.

Kapitel VIII

Friedhöfe

Nach Schätzungen werden zwischen 90 und 95% der in der Schweiz verstorbenen Muslime für bis zu SFr. 15'000.- in ihr Herkunftsland zurückgeführt. Wieso diese Rückführung? Muslime sagen, dass die Schweiz ihnen das Recht nicht zugestehe, nach ihren Normen begraben zu werden. Wie lauten diese Normen?

1) Die Separierung der Toten

Schweizerische Normen

Um dem Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten ein Ende zu setzen, legte die Bundesverfassung von 1874 in Art. 53 Abs. 2 fest: "Die Verfügung über die Begräbnisplätze steht den bürgerlichen Behörden zu. Sie haben dafür zu sorgen, dass jeder Verstorbene schicklich beerdigt werden kann".

In einer Auslegung von 1875 des genannten Art. 53 Abs. 2 bekräftigte der Bundesrat lediglich den Grundsatz der Schicklichkeit und überließ es damit den Gemeinden zu entscheiden, ob sie getrennte Friedhöfe oder eine Aufteilung des Friedhofs in die verschiedenen Gemeinschaften bevorzugten, um nicht Anstoß in der Öffentlichkeit zu erregen. Für ein einheitliches Gesetz sah er keine Notwendigkeit. Rasch tendierte er aber zur Zusammenlegung der Friedhöfe und stellte 1880 ein visionäres Projekt vor mit dem Ziel, die Trennung der Friedhöfe innerhalb von zehn Jahren aufzuheben. Der Bundesrat gab jedoch wieder auf und stellte die Lösung des Problems der Zeit anheim. In Bezug auf die Katholiken, Protestanten und weitere religiöse Gruppen wurde das Ziel erreicht, aber Juden und Muslime lehnen die Gemeinschaft unter den Toten ab. Im Folgenden wollen wir nur die muslimischen Normen untersuchen (für weitere Vergleiche siehe unser Buch *Cimetière musulman en occident: normes juives, chrétiennes et musulmanes* <https://goo.gl/84g4Lk>).

Die Bestimmung von Art. 53 Abs. 2 der Bundesverfassung von 1874 ist leider aus der Bundesverfassung von 1999 verschwunden. Die Botschaft des Bundesrates rechtfertigt diese Weglassung damit, dass das Recht auf eine schickliche Beerdigung durch Artikel 7 geregelt sei, in dem es heißt: "Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen".

Muslimische Normen

Das muslimische Gesetz schreibt für die Toten die Trennung vor, die es unter den Lebenden auch gibt. Muslime müssen auf einem eigenen Friedhof beigesetzt werden, und es ist verboten, einen "Ungläubigen" mit ihnen zu begraben. Muhammad zufolge wird den Toten bereits im Grab Strafe oder Glückseligkeit zuteil. Daher muss die Nachbarschaft eines Gläubigen zu einem "Ungläubigen" vermieden werden, damit er nicht an dessen Nähe leiden muss. Was den Verbleib der Muslime im "Land des Unglaubens" betrifft, entschied die von der Organisation der Islamischen Konferenz abhängige Akademie für Islamisches Recht nach langer Debatte, dass ein Begräbnis auf dem Friedhof der Ungläubigen nur im Notfall möglich sei.

Der Konflikt flammt, insbesondere wegen der Muslime, die nach getrennten Friedhöfen oder zumindest getrennten Abteilungen rufen, periodisch immer wieder auf, wobei dann auf die Ausnahmeregelung in gewissen Gemeinden für Juden verwiesen und die Religionsfreiheit und das Recht auf eine schickliche Beerdigung geltend gemacht wird und das Nennen der schwer diskriminierenden Gründe, die hinter solchen Forderungen stehen, nämlich die Weigerung, sich einem "Ungläubigen" zu nähern, tunlichst vermieden wird. Mit diesem Problem sind bereits mehrere Kantone konfrontiert worden, worunter Genf, Bern, Basel-Stadt und Zürich.

Erinnert sei hier auch daran, dass der Koran es verbietet, für die ungläubigen Toten zu beten und bei deren Begräbnissen zugegen zu sein: "Und sprich niemals, wenn einer von ihnen stirbt, das Totengebet über ihm und stell dich (dann bei der Beerdigung) nicht an sein Grab! Sie haben (ja) an Allah und seinen Gesandten nicht geglaubt und sind als Frevler gestorben" (H-113/9:84); "Der Prophet und diejenigen, die glauben, dürfen (Allah) nicht für die Heiden um Vergebung bitten - auch (nicht) wenn es Verwandte (von ihnen) sein sollten -, nachdem ihnen (endgültig) klar geworden ist, dass sie (wegen ihres hartnäckigen Unglaubens) Insassen des Höllenbrandes sein werden" (H-113/9:113). Die islamisch-religiösen Führer in Brüssel weigerten sich, an einer Zeremonie zu Ehren der Opfer der Anschläge teilzunehmen, da "Ungläubige" darunter waren.

2) Die Ausrichtung der Gräber

Schweizerische Normen

Wenn die Gräber weiterhin nach einem zuvor festgelegten Plan ausgehoben werden, stellt die muslimische Norm, was die Einhaltung der Friedhof-Ordnung betrifft, ein Problem dar. Die Kantone und die Gemeinden haben das Recht bzw. die Pflicht, eine solche Ordnung vorzuschreiben; es geht hier um die Schicklichkeit der Grabstätte. Andererseits bedeutet, weil man die

Toten ohne Unterschied der Religion bestattet, eine Änderung der Ausrichtung bei einem muslimischen Grabe in einer Reihe nebst der so entstehenden Disharmonie eine Sonderbehandlung von Toten auf Basis ihrer Religionszugehörigkeit.

Muslimische Normen

Anfangs wandte sich Muhammad wie die Juden beim Gebet in Richtung Jerusalem. Aber sechzehn Monate nach seiner Ankunft in Medina entschied er sich, die Ausrichtung nach Jerusalem neu nach der Kaaba in Mekka umzuändern, um sich von den Juden abzuheben. Muslime glauben, dass die Kaaba von Abraham als Heiligtum für den Gotteskult gebaut wurde. Für die Muslime ist sie nach dem Koran das zweit-heiligste Objekt.

Im Merkblatt der Stiftung der Islamischen Friedhöfe in der Schweiz wird darauf hingewiesen, dass die Gräber nach der Achse 40°-220° ausgerichtet zu sein haben und der Körper auf der rechten Seite gelagert werden muss, damit das Gesicht auf 130° (Richtung Mekka) orientiert ist.

Selbst wenn eine Gemeinde von der Friedhof-Ordnung abweicht, um, wie von den Muslimen gewünscht, Gräber auf die Kaaba ausgerichtet zu haben, oder wenn die Richtung der Gräber der Ausrichtung auf die Kaaba entspricht, akzeptieren es die Muslime trotzdem nicht, in unmittelbarer Nähe eines "Ungläubigen" begraben werden.

3) Der Fortbestand von Gräbern

Schweizerische Normen

Nach einer bestimmten Zeit werden die Gräber wieder aufgehoben, um Platz für andere Verstorbene zu schaffen. Der Kauf von Konzessionen für eine längere Dauer wird jedoch zugelassen.

Muslimische Normen

Zum Fortbestand und zur Aufhebung von Gräbern äußert sich der Koran nicht. Es wird jedoch berichtet, dass Muhammad Gräber von Polytheisten aufhob, um seine eigene Moschee in Medina darauf zu errichten. Einige Äußerungen von Muhammad ermahnen zu Respekt vor Gräbern. So habe er es verboten, mit Lederschuhen über ein Gräberfeld zu gehen und soll auch gesagt haben: "Die Knochen eines Toten zu brechen ist wie wenn man die Knochen eines Lebenden bricht" und "Wer auf einem Grab sitzt ist wie jemand, der auf einem Haufen Glut sitzt".

Mit der zunehmenden Verstädterung kam in den muslimischen Ländern die Frage auf, ob Gräber aufgehoben werden dürfen. Zu diesem Thema wurden

mehrere Fatwas herausgegeben, die die Wiederverwendung von Gräbern sowie die vollständige Stilllegung von Friedhöfen für landwirtschaftliche Nutzflächen, den Bau von Gebäuden oder Straßen gutheißen.

In einem Merkblatt der islamischen Kulturstiftung Genf heißt es: "Es ist streng verboten, einen toten Menschen ohne zwingenden Grund, z.B. wenn die Toilette des Verstorbenen nicht gemacht worden ist oder wenn kein Leichentuch vorhanden war, zu exhumieren". Das Merkblatt der *Fondation des cimetières islamiques suisses* sagt: "Eine Exhumierung ist ausgeschlossen; eine Dauerkonzession ist zwingend erforderlich". Die Muslime haben schließlich unter der Bedingung nachgegeben, in Bern und Basel-Stadt eine Dauerkonzession zu haben. Muslimische Gräber können somit, wie alle Reihengräber, nach zwanzig Jahren, ohne Evakuierung der Knochen, wiederverwendet werden. Diese Wiederverwendung beschränkt sich jedoch auf Muslime, da Muslime nicht zusammen mit "Ungläubigen" begraben sein wollen.

4) Die Kremierung

Schweizerische Normen

Bei der Ausarbeitung der Bundesverfassung von 1874 wurde die Frage der Kremierung nicht aufgegriffen. In Art. 53 Abs. 2 der BV 1874 liest man nur vom Recht, "schicklich beerdigt" zu werden. Heute steht die Schweiz nach Japan und England an der Spitze der Kremierungsländer. Die Verbrennung wird entweder auf Antrag des Verstorbenen oder seiner Angehörigen vorgenommen, wobei der Wille des Verstorbenen vor dem der Verwandten Vorrang hat. Die Religionsgemeinschaft der Verstorbenen hat nicht das Recht, einzugreifen, um eine Kremierung zu verhindern, da diese nicht als unschicklich angesehen werden kann.

Muslimische Normen

Der Koran erwähnt die Bestattung der Toten (M-45/20:55; H-112/5:31). Es gibt auch Berichte, wonach Muhammad es verboten habe, durch Feuer zu töten. Eine Überlieferung von Muhammad zielt darauf ab, aufzuzeigen, dass Gott den Menschen wiederbeleben kann, auch wenn dieser eingäschert und seine Asche vom Wind zerstreut worden ist. Eine Missbilligung der Kremation gibt es in den Schriften nicht. In einigen arabischen Ländern gibt es Krematorien für diejenigen, deren religiöse Normen die Verbrennung erlauben. Dies ist in Ägypten der Fall. Während die Kremierung unter Muslimen nicht üblich ist, erlaubt der Koran eine Änderung in diesem Bereich, da er unnötige Geldverschwendung (H-50/17:26) und die Schädigung der Natur (H-87/2:60) verbietet. Im Übrigen wird bei einigen Muslimen im Westen die Kremierung bereits praktiziert, besonders unter denen, die mit nicht-muslimischen Frauen verheiratet sind.

Im Merkblatt der *Fondation des cimetières islamiques suisses* heißt es: "Die Kremierung ist absolut verboten".

Erwähnen wir hier die Konzession der Stadt Bern, die der muslimischen Gemeinde einen gesonderten Platz auf dem öffentlichen Friedhof gewährte und ihr das Versprechen gab, dass auf dieser Fläche in Zukunft keine Asche oder Urnen mit Asche platziert werden. Dies bedeutet, dass man die Kremierung als unschickliches Begräbnis betrachtet und dass die Gemeinde den Vorstehern der muslimischen Gemeinschaft die Möglichkeit gibt, die Muslime zu nötigen, auf die Kremierung zu verzichten mit dem Risiko, dass sie sonst nicht im muslimischen Abteil begraben werden dürfen. Das ist eine Verletzung der Religionsfreiheit und ist verfassungswidrig. Es gab auch schon Probleme mit dem Widerstand muslimischer Gemeinschaften gegen die Kremierung, selbst wenn dies auf Antrag des Verstorbenen geschehen sollte. Angesichts des Drucks, der auf sie ausgeübt wurde, hat die Witwe eines in Lausanne verstorbenen Muslims schließlich vor dem Gericht nachgegeben und darauf verzichtet, in diesem Fall die Justiz entscheiden zu lassen. Sie wollte nicht um die Leiche ihres Mannes Streit führen. Der Fall hinterließ bei einigen Christen einen bitteren Nachgeschmack, da sie in der Vorstellung bestätigt wurden, dass Muslime sich nicht integrieren können oder wollen.

Zur Frage der Friedhöfe kann abschließend gesagt werden, dass nur das erste Argument (Weigerung, in der Nähe eines "Ungläubigen" begraben zu werden) die Abtretung eines Friedhofs oder eines separaten Platzes, der ausschließlich Muslimen vorbehalten ist, rechtfertigen könnte. Dieses Argument ist aber problematisch, weil es diskriminierend ist und der Staat der Diskriminierung nicht Pate stehen soll. Wir sind der Meinung, dass die Bundesbehörden das Projekt von 1880 rasch rehabilitieren müssen, um diese Praktiken zu beenden, die gegen den gesunden Menschenverstand und den Grundsatz der Gleichheit unter den Lebenden wie den Toten verstoßen.

In dieser Hinsicht können wir uns über die unbedachte Unterstützung der katholischen und der protestantischen Kirche und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus bei der Schaffung separater Friedhöfe oder Plätze nur verwundern. Wenn wir Muslime auf Schweizer Boden integrieren wollen, dann müssen wir uns für deren Integration auf Schweizer Boden auch einsetzen. Und wir glauben, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte für die Lebenden wie für die Toten gleichermaßen gelten soll.

Kapitel IX

Antworten auf die muslimischen Forderungen

Nachdem wir nun die schweizerischen und die muslimischen Normen verglichen haben, wollen wir uns in diesem Kapitel die Antworten der muslimischen Liberalen sowie die, welche man von der westlichen Bevölkerung auf die Forderungen der Muslime erwartet, ansehen.

1) Antworten von liberalen Denkern im Islam

Die Anwendung des muslimischen Rechts stellt die muslimischen Liberalen vor Probleme. Um dem abzuweichen, geben diese sich nicht damit zufrieden, bestimmte diskriminierende muslimische Normen zu kritisieren, sondern versuchen, die Wurzeln dieser Normen anzugehen. Nachstehend stellen wir einige der von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen vor.

A) Den Koran in zwei Teile teilen

Der Koran, die erste Quelle des islamischen Rechts, setzt sich aus 86 mekkanischen Kapiteln (offenbart in Mekka zwischen 610 und 622) und 28 so genannten medinensischen Kapiteln (offenbart in Medina zwischen 622 und 632, dem Todesjahr Muhammads) zusammen. Die medinensischen sind die späteren Kapitel, welche die gesetzlichen Normen enthalten. Einige muslimische Liberale glauben, dass der wahre Islam in den mekkanischen Kapiteln zu finden ist, während die medinensischen Kapitel einen politischen, konjunkturellen Islam widerspiegeln. Sie sind der Meinung, dass die mekkanischen Kapitel des Korans die medinensischen überlagern. Auf diese Weise befreien sie den Koran von seiner gesetzgeberischen Substanz. Die Menschen erlangen damit die Freiheit, Gesetze gemäß ihren zeitlichen Bedürfnissen zu erlassen, ohne sich den Normen des Korans unterwerfen zu müssen. Diese These wurde vom sudanesischen Denker Muhammad Mahmud Taha hochgehalten, was dazu führte, dass er am 18. Januar 1985 zum Tode verurteilt wurde. Um diese Theorie zu stützen, haben wir eine arabische Ausgabe des Korans in chronologischer Reihenfolge publiziert und Übersetzungen davon auf Französisch, Englisch und Italienisch veröffentlicht und dies im Unterschied zu den derzeit gängigen Ausgaben, deren Kapitel mit wenigen Ausnahmen in der Reihenfolge ihrer Länge nach angeordnet sind, was den Koran unverständlich macht. Wir sind der Meinung, dass die westlichen Länder den Koran in seiner derzeit konfusen

Form auf ihrem Territorium verbieten und einen Koran in chronologischer Reihenfolge auferlegen müssen, damit die Muslime sich öffnen können.

B) Sich auf den Koran begrenzen und die Sunna verwerfen

Die Sunna (Tradition von Muhammad) ist die zweite Quelle des islamischen Rechts. Liberale Kreise glauben aber, dass sie nur an den Koran als das Wort Gottes gebunden sind und lehnen die Sunna von Muhammad ab, die als allzu menschlich und unzuverlässig gilt und in Sammlungen zusammengetragen wurde, die erst lange nach dem Tod Muhammads zustande kamen. Diese oft als *Koranismus* bezeichnete Strömung versucht, den Geltungsbereich des islamischen Rechts zu beschränken. Zum Beispiel ist die Todesstrafe gegen Abtrünnige und die Steinigung wegen Ehebruchs nicht explizit im Koran vorgesehen, wohl aber in der Sunna von Muhammad. Die Anhänger dieser Strömung werden von den muslimischen religiösen Behörden als Abtrünnige betrachtet, und einer von ihnen ägyptischer Herkunft, Rashad Khalifa, wurde 1990 in den Vereinigten Staaten ermordet, nachdem die Akademie der islamischen Rechtsprechung eine Fatwa gegen ihn erlassen hatte.

C) Das Kriterium des Interesses beachten

Dies ist die Theorie des ägyptischen Philosophen Zaki Najib Mahmud (gest. 1993), nach welchem man aus der arabischen Vergangenheit nur das behalten soll, was in unserer Gesellschaft von Nutzen ist. Der Nutzen ist das Kriterium ob es nun die arabische oder die moderne Zivilisation betrifft. Um zu beurteilen, was nützlich ist und was nicht, muss man die Vernunft anwenden und zwar unabhängig von der Quelle: ob Offenbarung oder nicht Offenbarung. Das setzt die Verwerfung aller Sakralisierung voraus, von welcher die Vergangenheit so überschattet ist.

D) Die liberale Interpretation

Professor Abu-Zayd von der Kairoer Universität bemühte sich um eine liberale Interpretation des Korans. Eine fundamentalistische Gruppe erhob Klage gegen ihn wegen Apostasie. Der Fall erreichte das Kassationsgericht, welches seine Verurteilung am 5. August 1996 bestätigte und die Trennung zwischen ihm und seiner Frau verfügte, weil ein Abtrünniger keine muslimische Frau heiraten kann. Das Ehepaar musste aus Ägypten fliehen und in den Niederlanden politisches Asyl beantragen wegen dem Risiko, getötet zu werden.

E) Islamische Normen in ihren historischen Kontext setzen

Diese Methode hat der tunesische Anwalt und frühere Minister Muhammad Charfi (gest. 2008) vorgeschlagen, für den die Normen des Korans nur jene Zeit betreffen, in der sie festgelegt wurden. Sie können daher nicht zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort angewendet werden. Muhammad Ahmad Khalaf-

Allah (gest. 1997) geht noch weiter. Ihm zufolge gewährt der Koran, indem er Muhammad zum letzten der Propheten erklärt (H-90/33:40), der menschlichen Vernunft ihre Freiheit und Unabhängigkeit, damit sie die Angelegenheiten dieses Lebens in Übereinstimmung mit dem Allgemeininteresse mitentscheidet. Er glaubt, dass Gott uns das Recht gegeben hat, in politischer, administrativer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht Gesetze zu erlassen. Die Normen, die wir etablieren, werden mit dem muslimischen Gesetz konform, indem sie von uns mittels Prokuration von Gott ausgehen. Diese Normen können je nach Zeit und Raum modifiziert werden, um ein besseres Leben im allgemeinen Interesse zu ermöglichen.

F) Was halten die geistlichen Autoritäten davon?

Die oben genannten Vorschläge entsprechen nicht den Vorstellungen der islamischen religiösen Autoritäten, die nicht zögern, die Anhänger des Säkularismus als Atheisten, Ungläubige und Verräter zu bezeichnen. Al-Qaradawi, Präsident des *European Council for Fatwa and Research*, erklärt, wie ein Christ ein Laie sein und gleichzeitig auch Christ bleiben kann, da die christliche Religion keine Rechtsnormen enthält. Für den Muslim, dessen Religion sowohl den geistigen als auch den zeitlichen Bereich beherrscht, sei dies nicht der Fall. Dem fügt er hinzu:

Der laizistische Muslim, der das Prinzip der Anwendung des muslimischen Rechts ablehnt, hat vom Islam nur den Namen. Er ist ohne Zweifel ein Abtrünniger. Er muss aufgefordert werden, Buße zu tun, während man ihm Beweise für die Punkte vorlegt, an denen er zweifelt. Wenn er nicht bereut, wird er als Abtrünniger verurteilt, seiner Zugehörigkeit zum Islam oder sozusagen seiner "muslimischen Nationalität" enthoben, er wird von seiner Frau und seinen Kindern getrennt und nach den Normen für widerspenstige Abtrünnige gerichtet - im Diesseits und nach seinem Tod.

2) Antworten, die vom Westen zu erwarten wären

A) Das Problem erkennen

Nur wenige westliche Denker kennen sich in der ideologischen Debatte über die islamische Rechtsauffassung aus, was zwei Gründe hat: Erstens haben sie die dramatischen Episoden vergessen, die der heutigen Säkularisierung vorausgegangen sind. Sie genießen die Errungenschaften der vorderen Generationen, die zur Trennung von Kirche und Staat geführt haben. Hier ist anzumerken, dass jene Kämpfe, obwohl sehr gewalttätig, vermutlich weniger tragisch waren, als der Kampf, den die muslimische Gesellschaft noch auf sich nehmen muss, um eine Trennung zu erreichen und zwar nicht zwischen Staat und Kirche (die in der muslimischen Gesellschaft gar nicht existiert), sondern

zwischen dem Staat und den religiösen Gesetzen. Und das ist der zweite Grund für die Sorglosigkeit westlicher Denker: Sie haben nie eine solche Situation erlebt und verkennen oft den Unterschied zwischen dem Evangelium auf der einen und dem Koran und der Sunna von Muhammad auf der anderen Seite. Diese zwei Quellen des muslimischen Rechts sind normativ, im Gegensatz zum Evangelium, welches hauptsächlich ein moralistischer Text ist. Laut der überwiegenden Mehrheit der muslimischen Verfassungen sind die islamischen Vorgaben eine Quelle oder gar die Hauptquelle des Gesetzes. Den Staat von den religiösen Gesetzen loszulösen bedeutet im Grunde, den Islam mit seinen fatalen Auswirkungen aufzugeben. Es ist ein Dilemma, welches Meinungsfreiheit und enorme Anstrengungen zur Rationalisierung benötigt. Diese beiden Voraussetzungen sind in der muslimischen Gesellschaft nicht gegeben, und hier ist der Beitrag des Westens wichtig. Der Westen hat die Meinungsfreiheit (wenn auch unvollständig) und ein hohes Maß an Rationalisierung erreicht. Westliche Denker sollten das Konzept der Offenbarung richtig analysieren und muslimische Denker ermutigen, an einer solchen Analyse teilzunehmen. Ziel dieses Vorgehens ist es, die Vorbedingung für das Entstehen eines Zeitalters der Aufklärung in der islamischen Gesellschaft zum Wohl der Muslime und der ganzen Menschheit zu erstellen.

B) Spezialisten ausbilden

Man kann sich keinen Staat ohne Ärzte, Veterinäre, Metzger oder Bäcker vorstellen. Ebenso wenig ist es begreiflich, dass ein Staat, dessen muslimische Gemeinschaft sichtlich wächst, die Notwendigkeit erkennt, Spezialisten für islamisches Recht auszubilden, um die Muslime zu verstehen und mit ihnen kommunizieren zu können. Aber keine juristische Fakultät in der Schweiz bietet ihren Studierenden Kurse in islamischem Recht an, um ein Beispiel vorzubringen. Wie sollen diese Juristen dann mit Muslimen Umgang pflegen und verhandeln, ohne vom islamischen Recht eine Ahnung zu haben? Nebst der Ausbildung von Fachleuten in islamischem Recht ist es aber ebenso notwendig, für die Ausbildung von Imamen in der Schweiz zu sorgen und natürlich dafür, dass diese Ausbildung auch im Einklang mit dem schweizerischen Recht erfolgt.

C) Ein interreligiöser Dialog mit Mut

Solange man miteinander redet, bekriegt man sich nicht, sagt man. Doch ein interreligiöser Dialog, der nicht auf Offenheit und Respektierung der Menschenrechte basiert, bleibt steril und ist bloß Zeitverschwendung. Wenn die christlichen Kirchen einen Gefälligkeitsdiskurs führen und die Forderungen der Muslime unterstützen ohne auf die Hintergedanken und Konsequenzen

Acht zu geben, wie dies in der Schweiz bei den Themen Friedhöfe und rituelle Schlachtung der Fall war, leisten sie ihren Anhängern wie auch den Muslimen einen Bärendienst. Der jahrzehntelange von den Kirchen initiierte interreligiöse Dialog mit den Muslimen hat es nicht einmal geschafft, der diskriminierenden muslimischen Norm, die es den Muslimen erlaubt, nicht-muslimische Frauen zu heiraten, aber die Ehe von Nicht-Muslimen mit muslimischen Frauen verbietet, ein Ende zu setzen.

Hier ist noch ein Wort zur Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus angebracht, welche oft unbedachte Positionen einnimmt. Zu Recht kritisiert diese Kommission jegliche Diskriminierung von Muslimen; zu keiner Zeit hat sie jedoch Diskriminierungen aufgedeckt, die von islamischen Normen herrühren oder von Muslimen in der Schweiz praktiziert werden. Es ist ein Leichtes, dies anhand der auf ihrer Website veröffentlichten Schriften aufzuzeigen. Durch ihre voreingenommene und unprofessionelle Haltung fördert diese Kommission die Fremdenfeindlichkeit gegen Muslime, anstatt diese zu bekämpfen. Es schwer zu sagen, ob diese Einstellung auf ihre Unkenntnis der Realität oder auf die Manipulation seitens der muslimischen Mitglieder dieser Kommission zurückzuführen ist. Eines ihrer muslimischen Mitglieder unterstützte den Vorschlag von Christian Giordano, dass muslimische Gerichte in der Schweiz muslimisches Recht anwenden können sollen. Dies ist einer der Gründe, warum einige politische Gruppierungen schlichtweg die Auflösung dieser Kommission verlangen.

D) Juristische Maßnahmen

Eine ideologische Debatte und die Ausbildung von Fachleuten sind zwar vorzuziehen, aber das wird noch viel Zeit und Energie beanspruchen und möglicherweise auch viele Menschenleben fordern. In der Zwischenzeit müssen sich westliche Gesellschaften jedoch vor den Konsequenzen der muslimischen Rechtsauffassung auf ihre demokratischen Systeme und ihre territoriale Integrität schützen. Sie müssen auf die Einhaltung ihrer Gesetze durch die Muslime, die innerhalb ihrer Grenzen leben, beharren und sich umgekehrt bei jeder Forderung seitens dieser Gemeinschaft, welche den Laizismus verletzt, sehr vorsichtig verhalten. Sie sollen Leute nicht einbürgern, die ihre religiösen Normen über diejenigen des Staates stellen. Natürlich braucht ein Muslim nicht Schweinefleisch zu essen oder Wein zu trinken, um die Einbürgerung erhalten zu können, wir dürfen aber von ihm verlangen, dass er die grundlegenden Prinzipien wie die Religionsfreiheit und die daraus resultierenden Normen respektiert. Daher muss man jene muslimischen Normen identifizieren, die im Widerspruch zu den westlichen Normen stehen, und ausmachen, welche diesen letzteren von den Ausländern eingehalten werden müssen.

Dieselbe Rigorosität muss auch bei politischen Asylsuchenden angewandt werden. Im Artikel 2 der Genfer Flüchtlingskonvention heißt es: "Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu denen insbesondere die Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten".

E) Lernen aus dem Fall der Juden in Frankreich

Churchill sagte: "Ein Volk, das seine Geschichte vergisst, wird sie erneut durchleben müssen".

Im Umgang mit den Muslimen sehen sich die westlichen Länder heute mit denselben Problemen konfrontiert, die Frankreich in seinen Beziehungen zu den Juden hatte, deren Zahl damals weit geringer war als die der heutigen Muslime. Es ist interessant zu sehen, wie Frankreich dieses Problem gelöst hat.

In diesem Land sagt die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789: "Da alle Bürger vor ihm gleich sind, sind sie alle gleichermaßen, ihren Fähigkeiten entsprechend und ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Eigenschaften und Begabungen, zu allen öffentlichen Würden, Ämtern und Stellungen zugelassen" (Artikel 6) und: "Niemand soll wegen seiner Anschauungen, selbst religiöser Art, belangt werden, solange deren Äußerung nicht die durch das Gesetz begründete öffentliche Ordnung stört" (Artikel 10).

Durch diese klare Positionierung weigert sich der Staat, seine Untertanen nach ihren Religionen zu benennen. Sie sind Bürger, und das ist es, was ihm zählt. Man kann sagen, dass die Religion entpolitisiert wird; sie darf sich nicht in die politische Verwaltung des Orts einmischen.

Als gute Jünger der Philosophen hatten die Chefs des *Parti patriotique* trotz mangelnder Sympathie für das Judentum verstanden, dass, solange die Religion das Kriterium der Unterscheidung bleibt, keine Assimilation und Neubildung des Judentums möglich ist. Vom Comte de Clermont-Tonnerre stammt die berühmte Formel: "Wir müssen den Juden als Nation alles verweigern und als Individuen alles zugestehen: Sie dürfen im Staat weder eine politische Körperschaft noch einen Orden bilden, sie müssen auf individuelle Weise Bürger sein."

Der katholische Klerus bekundete seinen Widerstand gegen die Änderung des Status der Juden und war, wie immer, dem alten von den Kirchenvätern geerbten theologischen Antijudaismus und der These der göttlichen Missbilligung und des Fluches über Israels treu.

Napoleon antwortete: "Ich gebe nicht vor, den Fluch abwenden zu können, von dem dieses einzige von der Erlösung ausgeschlossen zu sein scheinende

Volk getroffen ist, aber ich möchte es außer Stande setzen, das Übel zu verbreiten, das im Elsass um sich greift, und dass ein Jude zwei verschiedene Moraleinstellungen hat, eine seinen Brüdern und die andere den Christen gegenüber". Sein Ziel war es, aus einer "Bevölkerung von Spionen, die nicht an das Land gebunden sind", gute Bürger zu machen.

Am 27. September 1791 traf die Nationalversammlung folgenden Entscheid: In Anbetracht dessen, dass die den Titel eines französischen Bürgers und den Genuss der Rechte aktiver Bürger begründenden Voraussetzungen in der Verfassung festgelegt sind, dass ferner jeder die erwähnten Voraussetzungen in sich vereinigende Mensch, soweit er den Bürgereid geleistet und das Gelöbnis abgelegt hat, alle von der Verfassung auferlegten Pflichten zu erfüllen, ein Anrecht auch auf alle von dieser gewährleisteten Freiheiten hat, setzt die Nationalversammlung sämtliche in die früher ergangenen Dekrete in Bezug auf die Juden aufgenommenen Verfassungsbestimmungen, Klauseln und Ausnahmeverfügen außer Kraft, indem sie zugleich bestimmt, dass der von den Juden zu leistende Bürgereid als Verzicht auf alle ehemals zu ihren Gunsten geltenden Privilegien und Sondergesetze zu betrachten sei.

Der nächste Schritt war, die Juden zur Akzeptanz der weltlichen Gesetze des Staates zu bringen. "Die jüdische Nation", sagte Napoleon, "war seit Moses Zeiten wuchernd und repressiv konstituiert [...]. Mit Gesetzen der Metaphysik wird man das Judentum deshalb nicht neu gestalten können." Er organisierte eine Versammlung mit jüdischen Persönlichkeiten und dem Großen Sanhedrin. Diese mussten zwölf Fragen beantworten. Man stellte sie vor eine Herausforderung: "Seine Majestät möchte", sagte ein von Napoleon ernannter Vermittler, "dass Sie Franzosen sind; es liegt an Ihnen, einen solchen Titel anzunehmen und daran zu denken, was es bedeuten würde, ihn abzulehnen und sich seiner unwürdig zu zeigen."

Die Fragen lauteten wie folgt:

1. Dürfen die Juden mehrere Frauen heiraten?
2. Ist nach jüdischen Gesetzen die Ehescheidung statthaft? Ist die Scheidung ohne Richterspruch und nach Vorschriften, welche denen des französischen Gesetzbuches zuwiderlaufen, gültig?
3. Darf eine Jüdin einen Christen und eine Christin einen Juden heiraten oder will das Gesetz, dass die Juden nur unter sich heiraten?
4. Werden die Franzosen von den Juden als Fremde oder als ihre Brüder angesehen?
5. Wie haben sie sich nach der Vorschrift des Gesetzes gegenüber Franzosen, die nicht ihres Glaubens sind, zu verhalten?
6. Wird Frankreich von den hier geborenen, rechtlich als französische Bürger angesehenen Juden als ihr Vaterland betrachtet? Sind sie zur

Verteidigung des Landes verpflichtet? Müssen sie den Gesetzen gehorchen und allen Vorschriften des Zivilkodexes Folge leisten?

7. Von wem werden die Rabbiner ernannt?
8. Welche Gerichtsbarkeit in Polizeisachen steht den Rabbinern unter den Juden zu und welche Polizeigewalt in Rechtsstreitigkeiten?
9. Sind diese Wahlformen und diese Gerichtsbarkeit in Polizeisachen in ihrem Gesetz oder lediglich im Brauch begründet?
10. Gibt es Gewerbe, welche den Juden von Gesetzes wegen untersagt wären?
11. Verbietet das jüdische Gesetz den Juden, gegen ihre Brüder Wucher zu treiben?
12. Ist ihnen der Wucher gegen Fremde gesetzlich erlaubt oder verboten?

Die versammelten Juden waren sich der Bedeutung der Angelegenheit sehr wohl bewusst und beeilten sich zu antworten, dass das Judentum vorschreibe, das Gesetz des Fürsten in Zivil- und Politikangelegenheiten wie ein oberstes Gesetz zu halten, und dass sie sich selber stets zur Pflicht gemacht hätten, sich den Gesetzen des Staates unterwerfen. Die Polygamie war seit langer Zeit aufgegeben und die zivile Scheidung war anerkannt. Die einzige peinliche Frage war die Frage nach den Mischehen. Nach einer lebhaften Diskussion gaben sie eine versöhnliche und auch sehr geschickte Antwort: Diese Ehen seien nicht grundsätzlich verboten, doch würden die Rabbiner nicht mit grösserer Bereitwilligkeit die Ehe einer Christin mit einem Juden oder einer Jüdin mit einem Christen segnen, als dass die katholischen Priester einer solchen Vereinigung zustimmen würden.

Anhang:

Muster eines Ehevertrags

Dieser Mustervertrag eignet sich in erster Linie für gemischte Paare, bei denen einer der Ehegatten Muslim ist. Er kann aber auch für Paare nützlich sein, bei denen beide Ehegatten Muslime sind.

Der Mustervertrag sollte je durch die künftigen Ehepartner zuerst separat ausgefüllt werden, bevor sie die Antworten miteinander vergleichen. Der definitive Text, mit dem beide Partner einverstanden sind, ist sodann vor einem Notar zu unterzeichnen, der ein Exemplar für sich behält. Nichtzutreffendes ist zu streichen oder abzuändern.

1) Trauung

Nach reiflicher Überlegung haben die Unterzeichnenden

Frau geboren am

Nationalität Religion

Zivilstand (ledig, geschieden, verwitwet)

und

Herr geboren am

Nationalität Religion

Zivilstand: ledig, geschieden, verwitwet

sich entschlossen:

in der Schweiz vor dem Zivilstandsamt in

im Ausland (Name des Landes) vor

die Ehe einzugehen.

Anschließend an die zivile Eheschließung folgt eine religiöse Zeremonie (Art der Zeremonie)

oder

Der Ziviltrauung folgt keine religiöse Zeremonie.

Gemeinsamer Wohnsitz wird sein

(hier das Land einsetzen)

Die Frau behält das schweizerische Bürgerrecht.

Sie behält ihren Familiennamen / Sie nimmt den Namen ihres Mannes an.

2) Religionsfreiheit der Ehegatten

Jeder Ehegatte beabsichtigt, seine eigene Religion beizubehalten und verpflichtet sich, die Freiheit des anderen zum Glauben und zum Gottesdienstbesuch einschließlich seines Rechtes, die Religion zu wechseln, zu respektieren

Frau und Mann verpflichten sich, ihre Essensvorschriften dem Partner nicht aufzuzwingen.

3) Treue und Monogamie

Mann und Frau schulden sich gegenseitig Unterstützung und Treue. Sie bezeugen, dass sie im Zeitpunkt der Eheschließung nicht bereits verheiratet sind. Jeder verpflichtet sich, keine andere Person zu heiraten, solange diese eheliche Verbindung aufrechterhalten bleibt. Im Falle falscher Angaben oder bei Nichteinhalten der hier erwähnten Verpflichtungen ist jeder Partner berechtigt, allein aus diesem Grunde die Scheidung zu verlangen.

4) Kinder

Frau und Mann bestätigen, dass sie sich vorehelich medizinisch haben untersuchen lassen und den Partner über das Ergebnis dieser Untersuchungen informiert haben.

Die Kinder werden folgender Religion zugehören

Sie werden in dieser Religion erzogen werden. Ab ihrem 16. Lebensjahr haben sie in Übereinstimmung mit Artikel 303 Absatz 3 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das Recht, über ihre Religionszugehörigkeit oder einen Religionswechsel selbständig und frei, ohne jeden Druck seitens der Eltern oder ihrer Familien, zu entscheiden.

Die Kinder werden europäische, christliche, muslimische, arabische, neutrale Vornamen tragen. Der Vorname wird einvernehmlich durch die Eltern bestimmt (ev. bereits die Vornamen wählen!).

Die Kinder werden im Alter von Jahren getauft werden.

Nach dem vollendeten 18. Lebensjahr werden sie frei wählen können, ob sie sich beschneiden lassen möchten oder nicht.

Die Kinder werden staatliche / muslimische / christliche / jüdische Schulen besuchen.

Die Kinder werden im Pass ihrer Mutter eingetragen.

Der muslimische Partner wird sich der Heirat seiner Töchter mit einem Nichtmuslim nicht widersetzen.

5) Wirtschaftliche Beziehungen

Frau und Mann tragen beide in gleicher Weise, jeder entsprechend seinen Mitteln, zu den Kosten für die Haushaltsführung und die Erziehung der Kinder

bei. Sie entscheiden gemeinsam über Geschäfte, die das Paar angehen.

Der Güterstand untersteht dem schweizerischen Recht. Die Frau und der Mann wählen folgenden Güterstand (Name des Güterstandes):.....

6) Kleidervorschriften, berufliche Tätigkeit, Reisen

Die Ehegatten verpflichten sich, weder dem Ehepartner noch den Kindern muslimische Normen bezüglich der Kleidung, des gesellschaftlichen Lebens oder der schulischen und sportlichen Erziehung aufzuzwingen.

Die Frau entscheidet allein über ihre berufliche Tätigkeit. Sie benötigt keine Bewilligung ihres Ehemanns, um Reisen zu unternehmen oder Reise- und Ausweispapiere für sich selbst und ihre Kinder zu erhalten.

7) Haustiere

Frau und Mann akzeptieren Haustiere im gemeinsamen Haus: Hund, Katze etc. (präzisieren!)

8) Auflösung der Ehe durch Scheidung oder Tod

Frau und Mann verpflichten sich, Konflikte gütlich zu bereinigen. Wenn ein Teil von beiden die Ehe auflösen will, verpflichtet er sich, dies vor dem Richter zu tun und keinen Gebrauch von der Verstoßung zu machen.

Wenn der Mann oder beide Ehegatten in einem Land leben, wo die Verstoßung durch den Mann erlaubt ist, so gesteht der Mann seiner Frau das Recht zu, ihn zu gleichen Bedingungen zu verstoßen.

Bei Scheidung erfolgt die Zuteilung der Kinder nach schweizerischem Recht und durch Urteil eines schweizerischen Richters. Werden die Kinder der Frau zugeteilt, so verpflichtet sich der Vater, dieses Urteil zu respektieren und ihr die Kinder nicht wegzunehmen, wo immer auch ihr Wohnort sei. Beim Tod eines Ehegatten werden die Kinder dem überlebenden Gatten zugeteilt.

Die Vermögensaufteilung und die Regelung der Unterhaltspflichten zwischen beiden Gatten richten sich nach den Grundsätzen des schweizerischen Rechts, auch wenn der Mann oder beide Ehegatten in einem muslimischen Staat leben.

Außer wenn die Partner etwas Anderes bestimmt haben, werden die durch den einen oder anderen Partner während der Ehe erzielten Gewinne als gemeinschaftliches Eigentum betrachtet, das gleichmäßig auf die Eheleute aufgeteilt wird.

9) Erbschaft

Der Mann und die Frau unterstellen ihre Erbschaft dem schweizerischen Recht. Sie lehnen jegliche Einschränkungen der Erbfolge aus Gründen der Religion und des Geschlechts des Erben ab. Wird der Nachlass im Ausland eröffnet und lehnt der ausländische Richter es ab, das schweizerische

Erbrecht anzuwenden, so anerkennt der vorversterbende Ehegatte im Voraus, dass ein Drittel der Erbschaft als Vermächtnis an den überlebenden Ehegatten gehen soll.

10) Tod und Begräbnis

Hier ist die zwischen den Ehepartnern getroffene Vereinbarung betr. das Begräbnis festzuhalten: Begräbnis in einem konfessionslosen Friedhof, einem kirchlichen Friedhof, Transfer des Leichnams in sein Heimatland, Kremation, etc.

11) Änderung des vorliegenden Vertrages

Frau und Mann verpflichten sich, die in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen nach Treu und Glauben zu respektieren. Der vorliegende Vertrag kann nur in freiem Einverständnis beider Ehepartner und vor einem Notar abgeändert werden.

Name des Mannes

Seine Unterschrift

Ort und Datum

Name der Frau

Ihre Unterschrift

Ort und Datum

Name des 1. Zeugen und seine Adresse

Seine Unterschrift

Ort und Datum

Name des 2. Zeugen und seine Adresse

Seine Unterschrift

Ort und Datum

Name des Notars und seine Adresse

Seine Unterschrift

Ort und Datum

P.S.: Sollte das Paar sich entschließen, nach der zivilen Trauung eine religiöse muslimische Zeremonie in der Schweiz zu feiern oder sich im Ausland religiös oder konsularisch trauen zu lassen, so sollte im Dokument, welches im Anschluss daran erstellt wird, unbedingt festgehalten werden:

- dass der durch die beiden Ehepartner vor einem Notar unterzeichnete Vertrag ein fester Bestandteil dieses Dokumentes ist;
- dass vorliegender Ehevertrag den Vorrang haben soll, wenn seine Bestimmungen dem Dokument, das durch die religiöse oder konsularische Behörde ausgestellt wurde, widersprechen.